

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ ZUR REGIERUNGSBILDUNG IM BUND

Weiter so? – Weiter so!

»Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert.«

Tancredi zum Fürsten Salina, seinem Onkel, in: Giuseppe di Lampedusa, *Der Leopard*

Soziale Gerechtigkeit, sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen und Kettenarbeitsverträge, Zwei-Klassen-Medizin, gute bzw. auskömmliche Renten, gute Pflege und Gesundheitsversorgung, gute Bildung und Ausbildung, ausreichende Tagesbetreuung für Kinder... Das waren wichtige Themen im Wahlkampf zur Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Ebenso Flüchtlinge, Asyl, Euro, Europäische Union.

Diese Themen betreffen vor allem die Ausgaben-Seite des Bundeshaushalts. Die Einnahmen-Seite spielte demgegenüber so gut wie keine Rolle – die gute Konjunkturlage und der (prognostizierte) Einnahmeüberschuss von etwa 46 Mrd. Euro für die Jahre 2018 bis 2021 in der Finanzplanung des Bundes verschonen gleichermaßen den Lohnabhängigen wie den Unternehmer vor Forderungen nach Steuererhöhungen.

Man sollte meinen, dass es unter diesen fast idealen Bedingungen schnell und problemlos zur Regierungsbildung hätte kommen können. Doch die Wirklichkeit sah anders aus. Der Versuch zur Bildung einer Koalition aus CDU, CSU und FDP scheiterte, weil die FDP sich zurückzog aus Angst, in dieser Konstellation profillos zu bleiben und bei den nächsten Wahlen dafür abgestraft zu werden.

CDU und CSU setzten darauf hin die SPD unter Druck zu Sondierungsverhandlungen, wo doch deren damaliger Parteivorsitzender Martin Schulz wiederholt beteuert hatte, die SPD werde sich in die Opposition begeben und auf keinen Fall für eine Koalition mit der Union zur Verfügung stehen; er selbst werde in keinem Kabinett Merkel Minister sein. Bekanntlich kam es zur Sondierung und ein außerordentlicher SPD-Parteitag am 21. Januar 2018 gab schließlich mit 56 Prozent Ja-Stimmen seine Zustimmung zu Koalitionsverhandlungen. Am Ende dieser Verhandlungen gab Martin Schulz bekannt, Außenminister unter Angela Merkel werden zu wollen und den Parteivorsitz an Andrea Nahles, die neue Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, abgetreten zu haben. Da nun auch der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel sich öffentlich gegen Schulz äußerte, gab Schulz den Verzicht auf den Ministerposten bekannt mit der Begründung: Er ziehe zurück, um den Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag nicht mit dieser Personalscheidung zu belasten. Schneller und brutaler

ist noch kein Hoffnungsträger der SPD durch eigenes Verschulden abgestürzt (Martin Schulz war ein knappes Jahr vorher mit einhundert Prozent Zustimmung zum Parteivorsitzenden gewählt worden).

Aus der Koalitionsvereinbarung

Zu *Europa* gibt es allgemeine Absichtserklärungen. So sollen Rahmen geschaffen werden für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten. Steuerdumping soll unterbunden werden. Die Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds wird angestrebt, allerdings ohne die Rechte der nationalen Parlamente zu beschneiden. Die ursprüngliche Bereitschaft zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt wurde auf Druck vor allem des Wirtschaftsflügels der Union mit der Einschränkung versehen: »Wir wollen einen Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausgerichtet ist.«

Im Bereich *Bildung* will der Bund elf Milliarden Euro für den Ausbau von Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen bereitstellen. Damit der Bund die Kommunen direkt unterstützen darf, soll Artikel 104c des Grundgesetzes geändert werden. Bei der beruflichen Bildung und Weiterbildung sind ein sogenannter Berufsbildungspakt so-



Prost!

»Wir müssen die Kämpfe dieser Zeit annehmen.«

«...Ja, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassen ist ein richtiger Schritt. Und? Was eigentlich noch? Wenn wir das Sondierungspapier lesen, sehen wir, dass in faktisch allen anderen Bereichen gravierende Leerstellen dominieren.

Sehen wir mal davon ab, dass die hochgejubelte Rückkehr zur Parität keine vollständige ist, da der Komplex der Zuzahlungen beispielsweise vollständig unberücksichtigt bleibt: Was genau lässt sich noch als Erfolg für die SPD verbuchen und als ‚Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer‘?

Eines der wichtigsten Instrumente zum Stopp der Umverteilungsgewinne von unten nach oben ist die Steuerpolitik. ALLE unsere diesbezüglichen gewerkschaftlichen Forderungen, von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bis zur Vermögenssteuer, sind derart unberücksichtigt, dass uns rätselhaft bleibt, woher der Optimismus rührt, dass zu diesem Themenkomplex in Koalitionsverhandlungen noch mal Bewegung zu erwarten wäre. Und das betrifft viele weitere Punkte: Sachgrundlose Befristungen bleiben legal. Die Eindämmung der Werkverträge, Verbote von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden, Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen – kein Wort dazu im Sondierungspapier. Die Beendigung der Repression durch Hartz IV, geeignete Maßnahmen zum effektiven Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit, die leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nichts dazu. Eine signifikante Erhöhung des Mindestlohnes einschließlich des Abschaffens

der bisherigen Ausnahmen, die Ausweitung der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, die deutliche Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes – alles das und noch einiges mehr, was für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine spürbare Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeuten würde – Fehlanzeige im Sondierungspapier. Und wir vermuten: ebenso Fehlanzeige in einem Koalitionsvertrag...

Wir alle sind mit klaren Forderungen zur Zukunft der Rentenversicherung angetreten. Weder die Mindestrente mit signifikantem Abstand zur Grundsicherung, noch die Forderung nach breiterer Basis der Einzahlenden finden sich in dem Sondierungspapier. Das zukünftige Rentenniveau soll unterhalb unserer Forderung und nur bis zum Jahr 2025 abgesichert sein. Bezahlbarer Wohnraum für alle, die Bürgerversicherung, die Stärkung der Pflegeberufe über die Stärkung der Ausbildung und die Einführung eines Pflegemindestlohns – dazu findet sich nichts oder nur in schwachen Dosierungen im Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD...

Unsere Aufgabe ist zu sein, wer wir sind. Wir haben uns, egal gegenüber welcher Regierung, für unsere Interessen einzusetzen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir müssen die Kämpfe dieser Zeit annehmen und Solidarität, unsere einzige politische Option, organisieren...«

Aus dem Offenen Brief der Gewerkschaft
Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Bayern vom 17. 01. 2018
an den DGB-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann

wie eine Mindestausbildungsvergütung vorgesehen, ferner Aus- und Weiterbildungsprogramme in den Pflegeberufen.

Deutschland soll »Weltspitze im Bereich der digitalen Infrastruktur« werden – also flächendeckendes Gigabit-Netz mit Glasfasertechnik bis 2025.

Bei den Steuern soll der Solidaritätszuschlag im Jahr 2021 für 90 Prozent aller Steuerzahler abgebaut werden. Die Abgeltungssteuer auf Zinserträge in Höhe von 25 Prozent wird abgeschafft; stattdessen greift wieder der persönliche Steuersatz. Für Dividenden und Veräußerungsgewinne bleibt aber die Abgeltungssteuer erhalten – dies begünstigt Vermögende, da Kleinsparer in Deutschland ihr Geld in der Regel nicht in Aktien anlegen.

Das Niveau der gesetzlichen Rente soll zunächst bis 2025 auf mindestens 48 Prozent festgeschrieben, der Beitragssatz bis 2025 auf 20 Prozent des Bruttolohns begrenzt werden. Dies begünstigt Unternehmer ebenso wie Lohnempfänger. Eine Kommission soll bis 2020 ein längerfristig tragfähiges Rentenkonzept erarbeiten. Auf Wunsch der CSU soll ein Ausbau der Mütterrente erfolgen – Müttern mit vor 1992 geborenen Kindern soll ein weiterer Rentenpunkt gutgeschrieben werden, falls sie insgesamt mindestens drei Kinder erzogen haben. Geringverdiener mit mindestens 35 Jahren Beitragspflicht sollen eine Grundrente mit Zuschlägen zur Sozialhilfe erhalten.

Im Arbeitsrecht soll die sogenannte sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen eingeschränkt werden. Sachgründe für eine Befristung sind z. B. die Vertretung eines erkrankten oder beurlaubten Beschäftigten, die Jährlichkeit der öffentlichen Haushalte. Befristungen mit gesetzlich anerkanntem Sachgrund dürfen bis zu fünf Jahren vorgenommen werden – das betrifft insbesondere die sogenannten Kettenarbeitsverträge. Die sachgrundlose Befristung wird also nicht abgeschafft, sondern nur eingeschränkt; die Fähigkeit der Unternehmer, gesetzlich zuläs-

sige Sachgründe zu finden, wird damit herausgefordert. Wo dies nicht möglich ist, bleibt den Unternehmern die Möglichkeit zur Einstellung von Leiharbeitern, was allerdings teurer sein kann.

INHALT · Heft Nr. 1 · April 2018 · Jg. 59

Zur Regierungsbildung im Bund	
Weiter so? – Weiter so!	1
Klassenkampf von oben und die Krise der SPD	5
Dokumentiert: Rot-Grün 1999 · Sie dachten, sie wären an der Macht, aber sie sind nur an der Regierung...	7
Die GroKo: Marsch in die weitere Militarisierung	8
Neues Bündnis für Mindestrente	9
Frankreich ein Jahr unter Macrons Präsidentschaft	11
In einer Phase weltweiter Umbrüche endete die UdSSR in der Stagnation	
Die Sowjetunion in der Breschnew-Zeit	16
Was bleibt?	23

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

Beim Thema *Gesundheit* ist eines klar: Eine Bürgerversicherung, also eine einheitliche gesetzliche Krankenversicherung für alle, wird nicht kommen. Im übrigen bleibt es bei allgemeinen Formulierungen. So sollen »angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen in der Altenpflege« erreicht werden, ohne dass klar ist, wer das bezahlen wird. Ebenso unklar ist, ob die geforderten 8 000 neuen Stellen für die Behandlungspflege in Altenheimen tatsächlich besetzt werden können. Für die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung gilt wieder die Parität, d. h. die Unternehmer müssen wieder die Hälfte der Versicherungsbeiträge zahlen. Die Zuzahlung für die Medikamente müssen allerdings die Versicherten weiterhin allein tragen.

Beim Thema *Migration*, genauer: Einwanderung, gibt es die von der CSU gewünschte Obergrenze in der Vereinbarung, wenn auch nicht das Wort. Die jährliche Zuwanderung werde insgesamt »die Spanne von 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen«. Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit nur subsidiärem Schutz soll auf maximal 1 000 Personen pro Monat gedeckelt werden. Die Asylverfahren sollen zukünftig in sogenannten Ankerzentren durchgeführt

werden, in denen Asylbewerber bis zu anderthalb Jahren bis zum Abschluss ihres Verfahrens bleiben müssen.

Die Koalitionäre versprechen 1,5 Millionen neue *Wohnungen* für die Legislaturperiode. Aktuell entstehen jährlich etwa 300 000 neue Wohnungen. Ein sogenanntes Baukindergeld (1 200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre) soll Eltern unterstützen, die eine Immobilie kaufen wollen. Die weitestgehend wirkungslose Mietpreisbremse soll bis Ende 2018 »auf Geeignetheit und Wirksamkeit« überprüft werden. Vermieter dürfen Modernisierungskosten zukünftig nicht mehr mit elf, sondern nur noch mit acht Prozent auf die Miete umlegen dürfen. In bestimmten Fällen sollen Mieter Auskunft über die Höhe der Vormiete erhalten – was ihnen in den Ballungsräumen nicht viel helfen wird. Der der SPD nahe stehende Deutsche Mieterbund begrüßt »das Bekenntnis der möglichen Koalitionspartner zum sozialen Wohnungsbau« und »spürbare mietrechtliche Verbesserungen... Dabei werden unsere Forderungen aber nur teilweise aufgegriffen und erfüllt. Wir hätten uns mehr erhofft«, erklärt dessen Präsident Franz-Georg Rips in einer Pressemitteilung.



Die Parteien

Die Jungsozialisten in der SPD, die Landesverbände der CDU – aus allen schallt der Ruf nach »Erneuerung«. Was genau das sein soll, bleibt unklar. Die Jusos fordern eine Erneuerung der SPD in der Opposition – in der »Elefantenrunde« nach der Bundestagswahl war dies auch die Ankündigung von Martin Schulz gewesen.

Da war die Ansage nach der Landtagswahl 2008 in Hessen durchaus klarer, als die SPD unter ihrer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti eine Minderheitsregierung mit den Grünen unter Tolerierung durch die Linkspartei plante, »um mit dem neoliberalen Pfad der deutschen Sozialdemokratie zu brechen«. Eine direkte Koalition mit der Linken hatte sie vor der Wahl ausgeschlossen, da diese sich in der SPD nicht hätte durchsetzen lassen, obwohl aus ihrer Sicht beide, SPD und Linke, »letztlich sozialdemokratische Parteien« seien. Der Plan scheiterte, weil ihr vier SPD-Landtagsabgeordnete die Zustimmung verweigerten, und Ypsilanti musste abtreten.

Demgegenüber blieb und bleibt der Juso-Bundesvorsitzende Kevin Kühnert bewusst vage. In seiner Rede auf dem Parteitag im Januar warf er der Parteispitze und besonders den Sondierern vor, sich von vornherein auf die Wünsche und Vorstellungen der Unionsparteien orientiert, sich selbst klein gemacht zu haben. Eine eigenständige Handschrift der Sozialdemokraten habe gefehlt.

Aber es stimmt nicht, dass die sozialdemokratische Führung vor der Merkel-CDU in die Knie gegangen ist. Die Ursachen für den Gleichklang der Parteiführungen liegen viel tiefer: In der Person des »Genossen der Bosse«, Gerhard Schröder, traten sie am besten zutage. Alle künftigen Ko-

alitionspartner orientieren sich an den Interessen der tatsächlich herrschenden Klassen, den Eigentümer-Familien der großen Unternehmen und Banken, die im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels als Bourgeoisie bezeichnet werden. Zu deren Zeit und noch viele Jahrzehnte später formten sie selbst die politischen Parteien, mit denen sie ihre Interessen gegen die feudalen Überreste ihrer Zeit verteidigten, sie selbst stellten die wichtigen Minister und Regierungschefs. Viele Jahre später erst bildeten sich politische Parteien, in denen das Proletariat, die Lohnabhängigen, ihre gesellschaftlichen Interessen formulierten und durchzusetzen versuchten.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland verschwanden die Klassenparteien, die noch die Weimarer Republik politisch geprägt hatten. Nach Kriegsende lebten sie in Deutschland nicht mehr auf – zu diskreditiert war die deutsche Bourgeoisie, die im »Tausendjährigen Reich« mit den Nazis liiert war. Die KPD wurde im beginnenden Kalten Krieg zwischen den Blöcken 1956 verboten; erst 1968 mit der Neuen Ostpolitik unter dem SPD-Kanzler Willi Brandt wurde ihre Nachfolgepartei, die DKP, wieder zugelassen. Die sogenannten Volksparteien gaben dem deutschen Parlamentarismus nun sein Gesicht. Von den maßgeblichen, im Bundestag und den Landtagen vertretenen Parteien hatte lediglich die FDP, die spezifisch für die Interessen der Kleinunternehmer und die sogenannten freien Berufe stand, ein klares soziales Profil.

Die proletarischen Wählerinnen und Wähler dürfen alle vier oder fünf Jahre zu den kommunalen, Landes- oder Bundestagswahlen ihre Stimmen abgeben. Die wirt-

schaftlich herrschenden Klassen, die maßgeblichen Kapitaleigner, stehen in ständigem Kontakt mit den wichtigen Ministerien, den Staatskanzleien – sie sind dort dauernd präsent durch ihre Lobbyisten, die als Sachverständige in Gesetzgebungsverfahren eingebunden sind, durch die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer bedeutender Unternehmen, durch Wirtschaftskammern und -verbände. Ihre Gesprächspartner sind nicht nur die Wahlbeamten – Regierungsmitglieder und Abgeordnete –, sondern, wichtiger noch, die nicht an Wahlperioden gebundenen Spitzenbeamten in den wichtigen Ministerien und Ämtern – die Staatssekretäre und Abteilungsleiter, die oft mehrere Wahlperioden im Amt und für die Kontinuität des Regierungshandelns unverzichtbar sind. Natürlich treffen auch die großen Kapitaleigner mit wichtigen Politikern zusammen, dann aber eher informell, bei Empfängen und in quasi privatem Rahmen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die auf das Parlament fixierten politischen Parteien, die auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung stehen, machen Politik im grundsätzlichen Interesse ihrer nationalen herrschenden Klassen – wobei es immer wieder Streit darum geben kann, worin in einer auf Konkurrenz basierenden Wirtschaftsgesellschaft das Gesamtinteresse der Bourgeoisie jeweils konkret besteht. Gleichzeitig konkurrieren diese Parteien um die Wählerstimmen aus den beherrschten, den lohnabhängigen Klassen. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft ist insoweit Ausdruck der Spaltung der Interessen innerhalb der lohnabhängigen Klassen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Parteien die Erwartungen und das Vertrauen vieler ihrer lohnabhängigen Mitglieder und Wähler immer wieder enttäuschen müssen – selbst in Zeiten guter Konjunktur. In Krisenzeiten sind sie völlig ungeeignet, die Angriffe des Kapitals auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen abzuwehren oder abzumildern. Allerdings nimmt das fast vollständige Verschwinden der herrschenden Klassen aus der Öffentlichkeit, ihre Anonymisierung unter Abstraktionen wie »die Unternehmen«, »die Wirtschaft« den beherrschten sozialen Klassen ihre sichtbaren Gegner. Sie treffen überall nur auf »die Politiker« (abstrakter noch: »die Politik“) und in den Betrieben und Verwaltungen auf deren angestellte Vertreter, die Geschäftsführer und Vorstände, die erforderlichen

Falles jederzeit ausgetauscht werden können, ohne dass sich dadurch an den Machtverhältnissen etwas ändert.

Das erschwert es der proletarischen Klasse, ihre gemeinsamen Interessen im sichtbaren Gegensatz zu den herrschenden Klassen zu erkennen, und fördert ihre Zersplitterung.

»Die ewige Stärke aller herrschenden Klassen ist das ausgearbeitete, vollkommen klare, durch nichts zu täuschende Klassenbewusstsein, womit sie ihre Klasseninteressen verteidigen. Die ewige Schwäche aller revolutionierenden Klassen liegt darin, dass ihr Klassenbewusstsein noch nicht ausgebildet, demgemäß ihre politische Einsicht noch unklar, ihr Verstand noch roh, ihre Macht noch nicht organisiert ist.«

Aus: Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. I, Berlin 1976, S. 601 f.; Erstveröffentlichung 1897/98

Die konkurrierenden politischen (Volks-)Parteien geraten unter diesen Umständen selbst immer wieder in Krisen – wahlweise als »Vertrauenskrisen« beschrieben. Demagogen und Glücksritter beschwören dann »Erneuerungen«, »Neustarts«, »Rückbesinnungen« auf vermeintlich bessere Zeiten und bieten sich und ihre neuen Kandidaten als Garanten für eine Lösung der sozialen Probleme an – entweder innerhalb der alten Partei oder durch Neugründungen. Der Einzug der AfD und die Rückkehr der FDP in den Bundestag bestätigen dieses Muster. Neue Darsteller, neue Texte, aber das Stück bleibt das alte. Dieses üble Spiel kann in einer Art Abwärtsspirale sehr lange weiter gehen. Es wird nur unterbrochen, wenn die lohnabhängige Klasse selbst die Initiative ergreift und für ihre Interessen gemeinsam den Kampf aufnimmt – beispielsweise so, wie das russische Proletariat in den Jahren zwischen 1897 und 1905 und bis zur Oktoberrevolution und das deutsche Proletariat im November 1918 und den Folgejahren. Dabei werden Elemente der beherrschten Klassen selbst zur politischen Partei, verlieren ihren ursprünglichen Sektencharakter und erwerben die Fähigkeit, gemeinsame Klasseninteressen zu formulieren und zu Kampfzielen zu machen.



Europa

Europa hatte im Wahlkampf vor allem bei der SPD und Martin Schulz, aber auch den anderen Parteien eine große Rolle gespielt – mehr als bei vorangegangenen Wahlen. Das hat seinen Grund, und der heißt Donald Trump. Während zu Beginn seiner Präsidentschaft in den USA vor einem Jahr nicht recht klar war, was seine Parole »America First« konkret bedeuten würde, hat sich der Nebel mittlerweile etwas gelichtet. Die USA ziehen sich aus vielen multilate-

ralen Abkommen und Institutionen zurück oder schränken ihre Mitarbeit dort ein.

Noch Jahre nach dem Untergang der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers waren die USA unangefochten die »Führungsmacht der freien Welt«, d. h. der kapitalistischen Industriestaaten und ihrer Verbündeten. Doch bereits unter der Präsidentschaft von Bush jr. wandten sich Verbündete, z. B. Deutschland, gegen seinen Angriff auf

Interview mit Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank,

(Frage) »... Es ist verständlich, dass die Löhne in den Ländern im Süden mit recht hoher Arbeitslosigkeit nur wenig steigen. Aber auch in Deutschland, wo doch die Arbeitslosigkeit so niedrig ist und die Unternehmen händeringend Fachkräfte suchen, steigen die Löhne nur moderat. Sie haben vor zwei Jahren im F.A.Z.-Interview rund drei Prozent Lohnsteigerung als gerechtfertigt bezeichnet. Warum bleiben wir darunter?«

(Jens Weidmann) »Die Bundesbank hat damals keine Empfehlung oder Wünsche geäußert, wie stark die Löhne steigen sollten, und wird dies auch künftig nicht tun... Was nun die

derzeitige Lohnentwicklung betrifft: Sie ist zwar schwächer, als es allein die Wirtschaftslage erwarten ließe. Das ist aber eben nicht der einzige Einflussfaktor. In Deutschland spielt auch die Migration eine Rolle. Sie hat das Arbeitskräfteangebot erhöht und den Lohnanstieg gedämpft. Außerdem hat für Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen die Bedeutung von Nicht-Lohn-Bestandteilen zugenommen, etwa Regelungen zur Arbeitszeit, zur Qualifizierung oder zur Alterssicherung. Sie nehmen dafür im Zweifel ein etwas niedrigeres Tariflohnwachstum in Kauf...«

FAZ 17. 01. 2018)

Irak, der mit offensichtlichen Lügen über angebliche Massenvernichtungswaffen begründet wurde. Und im Krieg gegen Libyen führten die USA unter Barak Obama nur noch »aus der zweiten Reihe«. Das relative Gewicht der USA in der Welt ist seit dem rasanten Aufstieg Chinas zur Wirtschaftsmacht dramatisch gesunken. Und China entwickelt sich für die USA zu einem bedrohlichen Konkurrenten nicht nur im pazifischen Raum, sondern bis nach Afrika, Lateinamerika und über die Seidenstraßen-Projekte nach Europa. Es ist keine Option mehr, dass die herrschenden Klassen der westlichen Welt sich bedingungslos den USA im Konkurrenzkampf gegen China unterordnen würden, so wie sie es im Kalten Krieg gegen das sozialistische Lager getan hatten.

Daraus hat offenbar ein maßgeblicher Teil der amerikanischen Bourgeoisie den Schluss gezogen, zukünftig unilaterale, d. h. von Staat zu Staat, von Regierung zu Regierung, zu verhandeln und sich nicht in Situationen zu begeben, wo sie nur ein (wenn auch wichtiger) Verhandlungspartner unter anderen sind. Dies wird – sicherlich auch aus innenpolitischen Gründen – mit aggressiver, militärischer Rhetorik vermischt, wie zuletzt bei dem kürzlich gefeuerten amerikanischen Handelsminister Wilbur Ross auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, wo er sagte: »Wir sind an freiem und fairem Handel interessiert, aber wir leben schon seit einiger Zeit in einem Handelskrieg. Jetzt treten die amerikanischen Truppen gegen die Festungen an... Es gibt viele Länder, die von Freihandel reden und Protektionismus betreiben. Wenn

wir uns gegen diesen Protektionismus wenden, wirft man uns vor, gegen den Freihandel zu verstoßen...«¹

Die schwächeren Bourgeoisien, auch die westeuropäischen, treten dagegen offen für die Beibehaltung multilateraler Vereinbarungen ein, so wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel: »Wenn Dinge nicht fair sind, sollten wir multilaterale Lösungen suchen, nicht nationale«, antwortete sie in Davos. Ähnlich Brasiliens Präsident Michel Temer, der italienische Premierminister Paolo Gentiloni oder der kanadische Premier Justin Trudeau. Die Umstände zwingen die herrschenden Klassen der Europäischen Union, ihre Reihen zu schließen, wenn sie nicht als Einzelne zwischen den großen Wirtschaftsmächten USA und China zerrieben werden wollen. Ob dies unter kapitalistischen Bedingungen, d. h. im Zustand der Konkurrenz untereinander, überhaupt und auf Dauer möglich ist, ist mindestens unsicher. Die Initiativen von Emanuel Macron und Angela Merkel zeigen, dass aktuell der Wille dazu vorhanden ist, mehr nicht. Die Probleme liegen im Konkreten: In der Finanz- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten, in der Steuerpolitik, in der Militärpolitik, in der Stimmung der Bevölkerung, d. h. der Wählerschaft.

¹ Es gibt eine Analogie: 2009 hatte der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) der Schweiz im Streit um Steuerhinterziehung mit Hilfe von Schweizer Banken gedroht, man könne auch die Kavallerie gegen die Indianer (in diesem Falle die Schweizer Banken) aussenden. Das war so seine nassforschende Art, die bei den Schweizern allerdings nicht gut ankam. Dies fast ein Jahrzehnt vor Trump.

Klassenkampf von oben und die Krise der SPD

Das Ergebnis der Bundestagswahl als auch die Konflikte innerhalb der SPD lassen sich nicht erklären, ohne die zu Grunde liegenden Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zur Kenntnis zu nehmen. In beiden »Volksparteien« stößt die Fortsetzung der Großen Koalition auf mehr Skepsis als Begeisterung. Vor allem aus der SPD – gleich von welchem Flügel – kommt die Beteuerung, ein »weiter so« werde es auch bei einer Regierungsbeteiligung nicht geben. Die Koalitionsvereinbarungen widerlegen diese Behauptung. Die bisherige Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der herrschenden Klasse wollen die Koalitionäre auch in den nächsten vier Jahren fortsetzen. Dabei müssen sie in Kauf nehmen, dass der Zuspruch des Wahlvolkes zu den Volksparteien weiter erodieren und den Aufstieg der AfD befördern wird.

Die Kampagne der JUSOS gegen die GroKo stieß auf ein weit verbreitetes Unbehagen unter den Parteimitgliedern. Die SPD müsse sich in der Opposition erneuern, nur dadurch könne die Abwärtsspirale aufgehalten und der Bestand der Partei gesichert werden. Auffällig allerdings, wie

inhaltsleer diese Kampagne geführt wurde. Sie machte sich fast ausschließlich an der Form, der Koalitionsfrage, fest. Kaum ein Wort zu den sozialen und politischen Inhalten, die nach Meinung der JUSOS zur Voraussetzung einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung gehören sollten. Auch inhaltliche und personelle Alternativen zum jetzigen Parteivorstand, der zur Gänze keine Alternative zur GroKo sah, wurden nicht präsentiert. Sie sind wohl schlichtweg nicht vorhanden.

Dabei ist der Abstieg der SPD in der Wählergunst nicht in erster Linie Resultat der eingegangenen großen Koalitionen. Er begann schon vorher, mit der ersten rot-grünen Bundesregierung und der Verabschiedung der Agenda 2010. Darauf konnten sich die folgenden Regierungen stützen (2005 – 2009 GroKo unter Merkel-Müntefering, 2009 – 2013 schwarz-gelb unter Merkel-Westerwelle, 2013 – 2017 2. GroKo unter Merkel-Gabriel). Die SPD kann und will ihren unter Schröder eingeschlagenen Kurs nicht revidieren – weder in der Opposition noch als Regierungspartei. Die Opposition der JUSOS erschöpfte sich aber in dem Versuch, das

Unbehagen gegen die GroKo bei der Mitgliederbefragung zu bündeln ohne einen politischen Kurswechsel einzufordern. Das misslang; mit 66 Prozent sprach sich die Parteibasis für eine Regierungsbeteiligung aus – wohl auch aus Furcht bei Neuwahlen noch stärker abgestraft zu werden.



In der inhaltlichen Leere der NoGroKo-Kampagne spiegelt sich das Fehlen einer sozialen Bewegung in der Gesellschaft wider. Konnten sich die JUSOS und linke Sozialdemokraten in den 1970er, 80er und 90er Jahren noch auf gesellschaftliche Bewegungen berufen, wie die A-öberparlamentarische Opposition, die Friedens- oder Anti-Akw-Bewegung, an denen sie sich auch selbst beteiligten, so fehlt diese Voraussetzung heute weitgehend. Gleiches gilt auch für die Aktivitäten der Gewerkschaften. Massive Arbeitsniederlegungen, welche die gesellschaftliche Stimmung prägten und politisch polarisierten, liegen Jahrzehnte zurück, wie die Streiks zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche im Jahre 1984.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers verschärfte sich der Klassenkampf von oben. Der Ausgang der Bundestagswahlen 2017 und die Krise der »Volksparteien« sind Resultat der damals begonnenen enormen Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Gunsten der herrschenden Klasse und der schwindenden Bedeutung der Gewerkschaften, auch im Bewusstsein der abhängig Beschäftigten. Es war ein quälend langer Prozess, der sich über Jahrzehnte hinzog. Meilenstein war die im Jahr 2003 durch die rot-grüne Bundesregierung beschlossene Agenda 2010. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes entfaltete in den folgenden Jahren ihre verheerende Wirkung auf die Beschäftigungsverhältnisse und die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Gegenwehr. Sowohl der Niedriglohnsektor als auch die Zahl der nicht tarifgebundenen Arbeitsplätze stieg und steigt kontinuierlich.

In der Hartz-Kommission arbeiteten ein Vertreter der IG Metall und eine Vertreterin von ver.di aktiv mit. Die Verabschiedung der Hartz-Gesetze fand also statt unter Mitwirkung und/oder unter passiver Duldung durch die Gewerkschaften. An deren Basis gab es immer weniger eigenständige Aktivitäten. Die linke, innergewerkschaftliche Opposition gegen den Kurs der Kooperation mit der Regierung und den Unternehmerverbänden blieb deshalb schwach und ohne nennenswerten Einfluss.

Arbeitskämpfe wie in den 1970er und 80er Jahren fanden nicht mehr statt, sieht man mal von den Warnstreikritualen zu den Tarifrunden ab. Die Ausnahmen, die diese Regel bestätigen, hatten keine nachhaltige Wirkung über die Betroffenen hinaus, wie der Streik der Erzieher*innen oder der Arbeitskampf bei der Post im Sommer 2015, wo der faule Tarifkompromiss hinter den Erwartungen der Streikenden zurückblieb. Die Passivität und die Distanz der Post-Beschäftigten gegenüber ihrer Gewerkschaft wurde dadurch nur weiter verstärkt.

Der überwältigenden Mehrheit der Beschäftigten fehlt deshalb die Erfahrung, dass sie durch eigene, gemeinsame

Die Bildung der rot-roten Koalition in Berlin im Januar 2002: »Sparen, bis es quietscht«

Die Verabschiedung der Agenda 2010 ist weder ein Kurswechsel noch eine einmalige Fehlentscheidung der SPD, die sich einfach revidieren lässt. Sie entsprang den politischen Grundüberzeugungen der Sozialdemokratie, die sich durch das Ende der DDR bestätigt sah. Motto: Der Staat hat wirtschaftlich versagt, im vereinten Deutschland komme es darauf an, möglichst viele Bereiche, auch der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem Wettbewerb privater Anbieter auszusetzen.

Das wurde zur Leitlinie der Mandatsträger auf der Landes- und Kommunalebene. Bestes Beispiel ist die erste Berliner Koalition aus SPD und Linkspartei (damals noch PDS/Die Linke).

2001 musste der CDU-geführte Senat unter Eberhard Diepgen wegen des Skandals bei der Berliner Bankgesellschaft zurücktreten. Als im Januar 2002 eine rot-rote Koalition die Regierungsgeschäfte übernahm, war die Stadt hoch verschuldet. »Wir müssen sparen, bis es quietscht«, verkündete der regierende Bürgermeister Wowereit (SPD) damals. Die anschließend von der rot-roten Senatskoalition durchgesetzten Maßnahmen waren wie eine Blaupause für die Jahre später von Finanzminister Schäuble durchgesetzte Austeritätspolitik, die auch den Ländern in Südeuropa verordnet wurden.

Zur Sanierung des Berliner Haushaltes wurde unter dem rot-roten Senat in den folgenden Jahren:

- der soziale Wohnungsbau fast gänzlich eingestellt,
- zahlreiche Wohnungsbaugesellschaften privatisiert,
- die Verwaltungen in den Bezirken personell so stark reduziert, dass sie ihren Aufgaben kaum noch gerecht werden konnten,
- den Beschäftigten des ÖD tarifliche Sparrunden verordnet,
- Tausende Stellen aus öffentlichen Betrieben in private Betreibergesellschaften mit entsprechenden Lohneinbußen ausgegliedert, z.B. von der Charité an die CFM (Charité Facility Management) oder die Beschäftigten des Botanischen Gartens, die vorher zur FU Berlin gehörten.

Die Liste der Einsparungen ließe sich weiter fortsetzen. Die Linkspartei beugte sich den neoliberalen Vorgaben durch die Sozialdemokratie in den folgenden beiden Legislaturperioden. Er wolle die Linkspartei entzaubern, so Wowereit damals. Seine Argumentation, mit der er gegenüber parteiinternen Kritikern die Koalition mit den »ehemaligen Feinden aus dem Osten« rechtfertigte, ist aufgegangen.

Bis heute wirken sich für die Berliner*innen die damals getroffenen Entscheidungen aus – ob durch steigende Mieten oder den Fortbestand der Ausgliederungen. Nicht von der Zusammensetzung des Senats (seit 2016 rot-rot-grün), sondern von der Aktivität und Kraft der Betroffenen hängt es ab, ob sich daran etwas ändern lässt.

Aktivitäten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen nehmen kann. Wo der Wille und die Bereitschaft zu kollektivem, d.h. gewerkschaftlichem Handeln nicht vorhanden ist, wächst die Lähmung, die Individualisierung nimmt zu. Dies prägt das Bewusstsein der Mehrheit unter den Lohnabhängigen. Dazu beigetragen haben auch die Gewerkschaften selbst, die nicht auf Konfrontation, d.h. aktiver Interessenvertretung, sondern auf Kooperation setzten. Die Individualisierung wie auch die Entpolitisierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung haben den Wahlerfolg der AfD begünstigt. Prozentual, wenn auch geringfügig, stimmten mehr Gewerkschaftsmitglieder für die AfD als der Durchschnitt der Bundesbürger.

Wie die SPD selbst, so verlassen auch die sozialdemokratischen Vorstände der Gewerkschaften den bisher eingeschlagenen Weg nicht. Zu den innerparteilichen Debatten bezogen sie eindeutig Stellung zugunsten einer Fortsetzung der großen Koalition. Um so wichtiger sind die Stellungnahmen aus gewerkschaftlichen Zusammenhängen und Gremien, die sich kritisch mit der GroKo und deren Vereinbarungen auseinandersetzen (siehe Kasten Seite 2). Nicht um der SPD willen, sondern um die Bereitschaft zu kollektiver Gegenwehr zu fördern und um die notwendige politische Debatte in den Gewerkschaften anzustoßen. Das wäre ein praktischer Beitrag gegen die absehbare, weitere Rechtsentwicklung, die sich allein auf parlamentarischer Ebene nicht stoppen lässt. Eine kämpferische Interessenpolitik drängt die Individualisierung zurück und vermittelt politische Erfahrungen. A.B. 13.03.18 ■

Anmerkung/Ergänzung zum Artikel Mir fehlt der Hinweis auf die materielle Grundlage für den Kurs der Gewerkschaftsführungen. Erklärung für die überwiegende Passivität in den Gewerkschaften ist die Lage der großen Zahl von abhängig Beschäftigten, die von genau den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte – nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung – profitierte. Die Stärke des deutschen Kapitals/der Arbeitgeber insgesamt ist die Grundlage für die immer wieder konstatierte und kritisierte Inaktivität der abhängig Beschäftigten. Dem mit einem sicheren und/oder vergleichsweise gut dotierten Job ausgestatteten Beschäftigten, der durchaus IGM- oder IG BCE-Mitglied sein kann, muss damit an einer Fortsetzung des GroKo-Kurses gelegen sein. Die positive Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden und SPD-Mitgliedes Reiner Hoffmann zu den Ergebnissen der Koalitionsvereinbarungen steht daher im Einklang mit den Interessen seiner Stammwählerschaft, die sich in der GroKo vertreten fühlt. Die langjährige Kooperation der Gewerkschaften mit der SPD bleibt trotz gelegentlicher atmosphärischer Störungen weiter stabil. Durch die Alimentierung nicht nur der Facharbeiter entwickelte sich eine stabile Identifizierung der Arbeitenden mit dem betrieblichen/nationalen Konkurrenzmodell (Standortsicherung). Eine andere politische Orientierung ist ausgeschlossen, solange es dem deutschen Kapital möglich ist, diese Alimentierung fortzusetzen. Der Umgang mit Leiharbeitern im Organisationsbereich der IGM und der dazugehörenden Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberseite können als Beleg für diesen Prozess gelten. W.P. 18.03.18 ■

Dokumentiert: Zur Innenpolitik von Rot-Grün · Arbeiterpolitik, Nr. 4, November 1999

Sie dachten, sie wären an der Macht, aber sie sind nur an der Regierung...

Nur wenige Monate nach der Bundestagswahl scheinen die Verhältnisse auf den Kopf gestellt zu sein: Lob und Anerkennung der Regierungspläne durch die Vertreter der Banken, der Industrie, des Mittelstandes. Die deutschen Unternehmer im Schulterschluß mit der sozialdemokratisch-grünen Regierung warnen die Unionsparteien vor sozialem Populismus und fordern sie auf, den Sparhaushalt von Eichel und die Rentenpläne Riesters zu unterstützen. ...**Besser als jedes Lehrbuch des Marxismus es vermag, haben die Ereignisse der letzten Monate die wirklichen Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft aufgezeigt.**

...16 Jahre nach dem Scheitern der Regierung Schmidt gibt es in der SPD keinen nennenswerten Widerstand gegen den Kurs von Kanzler Schröder. Die Sozialpolitiker sind an den Rand gedrängt, ihre Forderung, »die SPD müsse ihr soziales Gesicht wahren«, wird ein frommer Wunsch bleiben. Die sozialdemokratische Linke ist zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschmolzen. Sie verfügt weder über eine politische Strategie noch wagt sie es, ihre Kritik am Regierungskurs in die Praxis umzusetzen. Bei den entscheidenden Abstimmungen beugt sie sich der Parteiräson.

...Was in den 60er und 70er Jahren noch als selbstverständliches Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik galt, wird heute als sozialistisches Marterwerkzeug gebrandmarkt. Wo die herrschende Klasse offener und rücksichtsloser auftreten kann, da ist die politische und ideologische Vernebelung in der alten Form nicht mehr nötig. Nach dem Fall der Mauer konnte die Modernisierung der SPD in rasantem Tempo vorangetrieben werden. Sozialdemokratische Vorstellungen und Forderungen wurden nach und nach über Bord geworfen, praktisch alles, was bei der Anpassung an die kapitalistischen Notwendigkeiten im Wege stand. Der Markt und die Herstellung der bestmöglichen

Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft wurden zur heiligen Kuh erklärt, der sich alle staatlichen Handlungen unterzuordnen haben. ...Die SPD hat sich politisch den Ideologen des »Neoliberalismus« in der Union soweit angenähert, daß die Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien kaum noch auszumachen sind.

...Die rot-grüne Regierung versucht, auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den Konsens mit den Unionsparteien und der FDP herzustellen. In den kommenden Jahren werden die wesentlichen Entscheidungen in einer unausgesprochenen, großen Koalition fallen, in der nur die PDS noch keinen Platz hat. Die SPD hat die Aufgabe übernommen, an der die CDU-FDP-Koalition zuletzt gescheitert war: die Einbindung der Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung durch das »Bündnis für Arbeit« in die große Koalition der staatstragenden Parteien und der Unternehmerverbände.

...Auch in und zwischen den Gewerkschaften wachsen die Widersprüche, werden die Fronten klarer. Viele, die trotz aller Kritik noch den politischen Vertreter der Gewerkschaften in der SPD gesehen haben, sind maßlos enttäuscht und desillusioniert. Innerhalb der zersplitterten Gewerkschaftslinken haben auf örtlicher und bundesweiter Ebene die ersten Treffen stattgefunden, auf denen über eine gemeinsame politische Grundlage gegen den Anpassungskurs diskutiert wurde. Die Frage, wollen wir zulassen, daß die Gewerkschaften auch in Zukunft als Anhängsel der Regierungspolitik sich den Interessen der Unternehmer beugen und wie die Lemminge der Sozialdemokratie in die Selbstaufgabe folgen, oder nehmen wir die politische Auseinandersetzung in und außerhalb der Gewerkschaften auf?

www.arbeiterpolitik.de/Zeitungen/PDF/1999/arpo-4-99.pdf

Die GroKo: Marsch in die weitere Militarisierung

Im Unterschied zu anderen Punkten des Koalitionsvertrags wurden die militärpolitischen Vorhaben nur wenig in der Öffentlichkeit diskutiert und spielten auch bei den Debatten in der SPD keine Rolle. Vermutlich weiß man dort, dass eine Erhöhung der Anzahl von Bundeswehrsoldaten für Auslandseinsätze und von sogenannten Verteidigungsausgaben in der Bevölkerung auf keine positive Resonanz stößen und der SPD weitere Sympathiepunkte kosten.

Der Koalitionsvertrag spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache und dürfte auch den Teilen der Friedensbewegung, die auf Abrüstung oder auf stärkere Kontrollen bei Rüstungslieferungen gehofft hatten, Illusionen nehmen.

So wird unmissverständlich betont, dass die Bundeswehr in jeder Hinsicht gestärkt werden müsse; im Befehlston lautet die Devise der GroKo: Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird. Konkrete Zahlen für den Finanzierungsrahmen, der für eine Stärkung der Bundeswehr und einer europäischen Verteidigungsstruktur benötigt wird, werden nur indirekt genannt. Sicher ist, dass der Bundeswehreinsatz in Mali nicht nur fortgesetzt, sondern auch die Anzahl der dort stationierten Soldaten erhöht wird, sicher ist auch, dass das Kontingent der Bundeswehrsoldaten im Rahmen der »Resolute – Support – Mission« der NATO in Afghanistan erheblich aufgestockt wird, und der Bundeswehreinsatz auf den gesamten Irak ausgedehnt werden soll. Hier folgt die GroKo einem militärischen Eskalationskurs, dessen Scheitern am deutlichsten zu sehen ist in Afghanistan, das für die NATO immer mehr zu einem Desaster zu werden droht.

Bemerkenswert ist auch, dass CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag die Anmietung mehrerer Kampfdrohnen vom Typ Heron TP hereinformuliert haben. Drohnen aus israelischer Produktion, die bewaffnungsfähig sind und von Israel aus eingesetzt werden sollen. Auch die Stationierung, die Wartung und die Ausbildung der deutschen Piloten erfolgen in Israel. Ein Vorhaben, das den Steuerzahler zusätzlich mindestens eine Milliarde Euro kosten wird. Dies sei eine Übergangslösung bis zur Entwicklung einer Euro-Drohne im Rahmen einer europäischen Verteidigungsunion. Noch am Ende der letzten Legislaturperiode war die Anschaffung solcher Drohnen von der SPD verneint worden, die jetzt offensichtlich deshalb zugestimmt hat, weil sie glaubte ihre Mitglieder und Wähler mit folgender unverbindlicher Erklärung beruhigen zu können: »Über die Bewaffnung der Drohnen soll nach ausführlicher völkerrechtlicher und ethischer Würdigung« gesondert entschieden werden.

Welchen Zielen dient diese Militarisierung in Gestalt einer modernisierten Bundeswehr und einer angestrebten europäischen Verteidigungsarmee? Was sind die deutschen und europäischen Interessen, die es zu verteidigen gilt? Im Koalitionsvertrag heißt es dazu, dass »unsere Positionen« gegenüber aufstrebenden Mächten gestärkt werden müssen. Gemeint sind damit ganz offensichtlich China und Russland. Im Kampf um Rohstoffe, um Kontrolle über Handelswege und Märkte, um geostrategische Vorteile will sich der europäische Imperialismus Vorteile verschaffen, vor allem dort, wo sich die USA auf einem Rückzug befinden, weil sie nicht mehr überall auf der Welt ihre Rolle als Hegemo-

nialmacht spielen können. Dieses Ziel will sich auch die GroKo etwas kosten lassen. Auch dazu finden sich Hinweise im Koalitionsvertrag, wenn es zum Beispiel heißt, dass die Bundesregierung dem Zielkorridor der Natovereinbarungen folgen werde, die nichts anderes bedeuten als eine erhebliche jährliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf bis zu 2% des Bruttoinlandsprodukts. Hier will die Bundesregierung die Verteidigungsausgaben allerdings gegen die Ausgaben für Entwicklungshilfe, zivile Krisenprävention, humanitäre Hilfe im Verhältnis 1:1 gegenrechnen. Im Koalitionsvertrag ist auch der Wunsch enthalten »die (europäische) Zusammenarbeit bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (PESCO) zu stärken und mit Leben zu füllen. Auch das bedeutet zwingend, dass der Etat für Verteidigungsausgaben erhöht werden muss, denn dazu verpflichten sich alle europäischen Länder, die an PESCO beteiligt sind.

Konkreter ist da der Hinweis auf den 51. Finanzplan, so wie er von der letzten GroKo am Ende der vergangenen Legislaturperiode beschlossen wurde. Dieser Plan stellt die Entwicklung des Bundeshaushalts in den nächsten vier Jahren vor. Danach ist für den Wehretat eine Steigerung von neun Milliarden Euro auf 42,4 Milliarden Euro vorgesehen. Dazu käme dann noch eine jährliche Steigerung von einer Milliarde Euro aus dem Etat für Verteidigung und Entwicklungshilfe. Aber auch dies ist nur eine allgemeine Richtschnur, die nach oben korrigierbar ist, wenn dies die herrschende Klasse für ihre militärischen Pläne für notwendig hält.

Als unverbindliche Floskel wird im Koalitionsvertrag behauptet, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung prioritäre Ziele seien. Die Rüstungsexportrichtlinien sollen verschärft werden, aber als einziges konkretes Beispiel für ein Verbot von Waffenexporten werden Länder genannt, die »unmittelbar« am Jemen-Krieg beteiligt sind. Aber was ist mit den Nato-Staaten, die an der Seite der saudischen Allianz »nur mittelbare« logistische Unterstützung leisten: USA, England, Frankreich? Über diese Länder können problemlos weiterhin deutsche Waffen an die saudische Kriegsallianz geliefert werden, auch über andere europäische Länder, denn für die EU gelten nur unverbindliche Absprachen. Auch aufgrund der fehlenden Kontrolle über die international verflochtene Rüstungsindustrie und ihre vielfältigen Möglichkeiten, über Tochtergesellschaften Waffengeschäfte in alle Welt hin zu tätigen, sind solche Rüstungsexportrichtlinien nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind.

Bezeichnend ist auch, dass sich kein Wort findet über einen Stopp von Rüstungslieferungen an die Türkei, stattdessen wird das Interesse an einem guten Verhältnis zur Türkei als einem wichtigen Partner und Nachbarn der EU beschworen.

Ob sich die in der GroKo vereinbarte weitere Aufrüstung und Militarisierung so umsetzen lässt, hängt natürlich wesentlich davon ab, ob sich in der Bevölkerung dagegen sichtbarer Widerstand entwickelt. Mit gut gemeinten Unterschriftenkampagnen ist es dabei ganz sicher nicht getan!

D.B. 13.03.18 ■

Neues Bündnis für Mindestrente

Im Januar 2018 fanden in Frankfurt zwei Treffen mit der Zielsetzung statt, mit einer Kampagne für eine Mindestrente zu beginnen. Seit fünf Jahren arbeitet das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne mit Flugblättern, Infoständen, Vorträgen, Kundgebungen daran, die drastischen Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen in der Rentenpolitik durch die Regierungsparteien darzustellen und die dahinterstehenden Interessen von Kapital und Regierung zu verdeutlichen. Parteien, insbesondere DIE LINKE, und Gewerkschaften werden angesprochen, um zum Widerstand aufzufordern und diesen auf breite Basis zu stellen. Die Inhalte wurden materialreich und verständlich in einer Broschüre »Altersarmut durch Rentenreform« des Bündnisses zusammengefasst.¹ Ferner wurde mit sympathisierenden Gruppen ein erweitertes Bündnis »Rente zum Leben« gegründet, um in den laufenden Bundestagswahlkampf eingreifen zu können. Schließlich lief ja gleichzeitig die Rentenkampagne der Gewerkschaften. Die mit all dem verbundenen Hoffnungen trugen jedoch nicht sehr weit. Das Thema ging zwar in den Wahlkampf ein, spielte jedoch keine prominente Rolle, und das Wahlergebnis lässt keine Illusionen zu. Es gibt jedoch keine Alternative zur Aktivität »von unten«: Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

In der Arbeiterpolitik Nr. 3/2016 erschien zu dem Rententhema der Artikel »Das programmierte Rentendesaster«, an dessen wesentlichen Aussagen sich bisher nichts geändert hat.

Entstehung und Begründung der Forderung

Auch in anderen Teilen Deutschlands sind Bündnisse und Initiativen aktiv, deren Ziele in Teilen unterschiedlich, auf jeden Fall aber gegen den weiteren Abbau der umlagefinanzierten Rentenversicherung und für die Wiederherstellung einer umfassenden Altersabsicherung durch diese gerichtet sind. Am 17.1. kamen auf Einladung des Rhein-Main-Bündnisses (RMB) der Seniorenaufstand (Norddeutschland) und die Initiative gegen Altersarmut (IGA, Süddeutschland) in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Frankfurt der GEW zusammen. Man war sich rasch einig darüber, dass viel Arbeit geleistet worden war, dass der Wirkungskreis der Gruppen und ihre begrenzten Möglichkeiten aber zu gering seien, um Änderungen in der Rentenpolitik zu erzwingen. Hier habe man es mit mächtigen Kapitalinteressen und diese unterstützender staatlicher Politik zu tun, gegen die gute Argumente allein nicht viel ausrichteten. Eine breitere Basis sei derzeit aber nicht absehbar.

Nach dieser Einschätzung kam man zu dem Ergebnis, dass die bisherige Kampagnenarbeit stärker zu konzentrieren sei. Das vorrangige politische Ziel müsse die Abwehr von Altersarmut sein. Das geeignetste Mittel dazu sei die Forderung einer Mindestrente. Hierzu kann auf die Kampagne zu einem Mindestlohn verwiesen werden, die schließlich von Gewerkschaften, Linkspartei, SPD und Grünen nach und nach übernommen und in der vergangenen Legislaturperiode der GroKo durchgesetzt wurde. Natürlich ist die Ausgestaltung (8,84 €, tarifpolitische Ausnahmeregelungen, reale Kontrolle usw.) unbefriedigend, und auch die jahrelange Dauer der Durchsetzung verweist auf die Schwierigkeiten, die damit verbunden waren. Aber ein

erster Durchbruch war erreicht, und damit ist auch ein Maßstab für die Perspektive der Mindestrentenkampagne gesetzt.

Forderungen gibt es auch hier schon länger, z. B. vom RMB (1000 €). Die Partei DIE LINKE hatte in ihrem Wahlprogramm 2017 1050 € gefordert. Das Bündnistreffen in Frankfurt kam nun überein, diesen Betrag zu übernehmen. Er entspricht der Summe aus der vom Bündnis geforderten Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 600 € (derzeit ab 2018: 416 €) plus einem durchschnittlichen KdU-Betrag von 450 € (KdU = Kosten der Unterkunft, also Miete und Heizkosten), erspart aber den Gang zum Sozialamt. Ähnlich wie beim Mindestlohn dürfte von dieser Haltelinie zudem ein Druck zur Erhöhung des gesamten Rentengefüges ausgehen.

Mit der Übernahme der Mindestrentenforderung in der Höhe, die die Linkspartei aufgestellt hat, soll vermieden werden, dass mit unterschiedlichen Zahlen unnötige Konkurrenz unter den aktiven Gruppen und politischen Kräften entsteht. Als nächste Aufgaben wurden die Erstellung einer Broschüre und eines mobilisierungsfähigen Flugblattes gestellt, die spätestens zum 1. Mai verfügbar sein müssen.



Am 20. Januar traf sich in der gleichen Örtlichkeit das oben angesprochene Bündnis »Rente zum Leben« zu seiner ersten Jahreskonferenz. Es fanden sich 23 Personen aus neun Städten ein, die ihrerseits Gruppen vertraten. Die Aussagen des Treffens vom 17.1. wurden im wesentlichen bestätigt. »Das Thema Rente ist leider kein Selbstläufer. Das Interesse ist zwar da, aber es ist schwierig, Menschen zu aktivieren und zu Veranstaltungen zu bringen. Vor allem jüngere Menschen neigen dazu, das Thema zu verdrängen. ... Der Kampf gegen Altersarmut (hat) im Moment die höchste Dringlichkeit. Das hebt die anderen Themen nicht auf. Unsere Forderungen stehen in einem engen Zusammenhang, aber es gibt immer etwas Hauptsächliches« (aus dem Tagungsbericht).

Für die inhaltliche Arbeit konnte als Referent Holger Balodis gewonnen werden, der seit vielen Jahren zum Thema Altersvorsorge Bücher schreibt, Vorträge hält und zu Aktivitäten auffordert. Er wurde ausdrücklich deswegen eingeladen, weil seine Thesen mit denen des Bündnisses im wesentlichen übereinstimmen. Das aktuelle Buch »Holger Balodis/Dagmar Hühne, Die große Rentenlüge, Frankfurt 2017« spannt den Bogen von der Darstellung der umlagefinanzierten Rentenversicherung über das »Schröder-Riester-Rentendesaster«, die Entgeltumwandlung in der Betriebsrente, die »Rentengehirnwäsche«, der wir ausgesetzt

¹ http://www.klartext-info.de/broschueren/Armut_durch_Rentenreform-20130221color.pdf

werden, bis hin zu einem »Masterplan« für eine gute Rente. Der lautet im Fazit so:

"Mehr Rente ist möglich

Es geht nicht darum, ob wir uns in Deutschland gute Renten leisten können, sondern darum, ob wir das wollen. Der Werkzeugkasten steht bereit: etwas höhere Rentenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente, ein korrekt bemessener Bundesanteil für die versicherungsfremden Leistungen, der Stopp der Förderung von Riester-Renten und der Entgeltumwandlung, die Aufhebung oder Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und last but not least Korrekturen an dem durch die Hartz-Gesetze aus den Fugen geratenen Arbeitsmarkt. Das zusammen würde dazu führen, dass alle Rentner deutlich mehr im Alter bekämen. Deutlich mehr als im gegenwärtig als alternativlos gepriesenen Drei-Säulen-Modell – und das sogar zu geringeren Kosten für die Arbeitnehmer, jedenfalls im Vergleich zu den von der Regierung eingeplanten Belastungen. Etwas mehr zahlten hingegen die Arbeitgeber, der Staat selbst und die Spitzenverdiener oberhalb der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze. Erstmals einzahlen müssten viele Selbstständige, Politiker und Beamte. Möglich ist das, wenn wir das wirklich wollen« (Balodis/Hühne, S. 138 f.).

In dieser Argumentation bewegte sich auch das Eingangsreferat in der Konferenz. Die Mindestrentenkampagne wurde gegen zwei Enthaltungen beschlossen. Einwände, dass die Forderung von 1050 € zu niedrig sei, wurden zurückgestellt. Der Betrag sei zwar sehr bescheiden, aber es komme darauf an, mit einer einheitlichen Plattform in die Auseinandersetzungen der kommenden Jahre zu gehen.

11.2.2018 ■

Nachfolgend zitieren wir Auszüge aus dem sechsten Kapitel des hier genannten Buches. Hier wird deutlich, wie mit Begriffen und Zahlen Schindluder getrieben werden kann, wenn das offizielle Rentenniveau absurderweise an dem fiktiven Modell der Standardrente orientiert ist.

Das Rentenniveau -- mager, missbraucht und manipulativ!

Das derzeit verwendete Rentenniveau bezeichnet als Prozentsatz das Verhältnis von Netto-Standardrente zum Netto-Arbeitsentgelt eines Durchschnittsverdieners. Da eine Standardrente derjenige bekommt, der 45 Jahre lang immer durchschnittlich verdient hat, soll dieser Wert also ein Maß dafür sein, wie gut oder schlecht ein Rentner, der früher Durchschnittsverdiener war, im Verhältnis zu einem heutigen Durchschnittsverdiener gestellt ist. Wie wir nachfolgend zeigen werden, funktioniert das mehr schlecht als recht, weil die Rechenweise teilweise willkürlichen Vorgaben folgt und weil zahlreiche Verschlechterungen im Rentenrecht sich weder in der Standardrente noch im Rentenniveau niederschlagen. Und dennoch ist um die Frage, ob das Niveau weiter fallen darf oder ob es dringend steigen muss, ein regelrechter Glaubenskrieg ausgebrochen. ... So lohnt es sich, wenigstens mit einer Reihe von Irrtümern aufzuräumen.

Klarstellung Nummer 1: *Das Rentenniveau hat nichts, aber auch gar nichts mit einer Lohnersatzrate zu tun. Es sagt also gerade nicht, wie viel Prozent von seinem letzten Einkommen ein Rentner erhält. Wenn kolportiert wird, ein Rentenniveau von 48 Prozent bedeute, die Rentner bekämen etwa*

»48 Prozent vom letzten Brutto« oder »48 Prozent vom letzten Netto«, so ist beides falsch. Eine Anknüpfung der Altersversorgung an das letzte Einkommen vor dem Ruhestand gibt es nur bei Beamten. (...)

Klarstellung Nummer 2: *(...) Wenn heute jedoch von Rentenniveau gesprochen wird, ist damit das gemeint, was die Bundesregierung »Sicherungsniveau vor Steuern« nennt. (...) Während Arbeitnehmer schrittweise immer mehr Beiträge von der Steuer absetzen können und damit entlastet werden, rutschen die Rentner schrittweise immer stärker in die Besteuerung hinein. Ein Rentenniveau vor Steuern berücksichtigt das nicht und verharmlost damit die Verschlechterung der Einkommensposition der Rentner verglichen mit den Arbeitnehmern.*

Klarstellung Nummer 3: *Das Rentenniveau hat mit der Rentenhöhe der einzelnen Rentner nur wenig zu tun. Manchmal führt es geradezu in die Irre: So ist das offizielle Rentenniveau in den vergangenen Jahren nur wenig gesunken (und von 2015 auf 2016 sogar gestiegen!). Dennoch sind die tatsächlichen Renten vieler Neurentner heute dramatisch niedriger als noch vor wenigen Jahren. Eine quantitative Aussage darüber, was ein steigendes oder fallendes Rentenniveau für einen Rentner im Einzelfall bedeutet, ist damit oft nicht möglich. Das liegt vor allem daran, dass das Rentenniveau nur etwas aussagt über den sogenannten »Standardrentner«. Der wiederum ist nur ein Idealtypus, die Fiktion eines Arbeitnehmers, der 45 Jahre lang immer den Durchschnittsverdienst der versicherten Arbeitnehmer erreicht. (...)*

Klarstellung Nummer 4: *Die Methode zur Berechnung des Rentenniveaus ist so krude, dass dies Manipulationen Tür und Tor öffnet, es haben Faktoren Einfluss auf das Rentenniveau, die eigentlich nichts mit der Rente zu tun haben. (...) Das liegt daran, dass die Bundesregierung nicht mit den Zahlen der Rentenversicherung rechnet, sondern mit denen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Mit seltsamen Folgen: Für den Durchschnittsverdienst werden nicht nur die Gehälter der Rentenversicherten herangezogen, sondern die Verdienste von allen Beschäftigten. (...) An der Stelle sei noch einmal an das Zitat von Bert Rürup erinnert: »Das Rentenniveau kann ausfallen, je nachdem wie ich es berechne, was ich rausnehme, was ich reinnehme. Das heißt, man kann jedes Niveau erzeugen, das Niveau ist also eine ziemlich manipulative Größe.« Das führt zur*

Klarstellung Nummer 5: *Das Rentenniveau lässt sich sehr leicht manipulieren, wenn die Standardrente neu definiert wird. So fragt der Wissenschaftliche Beirat im Bundeswirtschaftsministerium: Warum sollen die Menschen künftig zwei Jahre länger arbeiten (bis 67), doch die Standardrente unterstellt weiterhin nur 45 Jahre? Doch die Professoren wissen Rat: Legen wir doch auch bei der Berechnung der Standardrente zwei Jährchen drauf, dann hätten wir schon heute wieder ein Niveau von 50 Prozent. Die Forderung des DGB wäre also erfüllt, ohne dass ein Rentner auch nur einen Cent mehr Rente bekäme. Der schöne Schein ist oft trügerisch. (...)*

Was wir brauchen, ist aber das genaue Gegenteil: Verbesserungen für alle, ganz besonders für die Geringverdiener und jene, die keine 45 Versicherungsjahre schaffen. Ob sich das im Rentenniveau niederschlägt oder nicht, ist völlig egal. Auf höhere Renten kommt es an!

aus: Holger Balodis/Dagmar Hühne, Die große Rentenlüge, Frankfurt 2017, S. 73 – 80

Frankreich ein Jahr unter Macrons Präsidentschaft

Frankreich ist »en marche«, »auf dem Weg« zu einer umfassenden neoliberalen Umwälzung. Nach der Deregulierung des Arbeitsrechts sind die nächsten Projekte der Regierung die Zerschlagung der französischen Bahn SNCF in ihrer jetzigen Form. Bei den Hochgeschwindigkeitszügen soll Konkurrenz von außen ermöglicht, die Privatisierung anderer Verbindungen soll erlaubt werden. Viele Nebenstrecken sollen geschlossen, der hart erkämpfte Status der cheminots, der Bahnbeschäftigten, soll kassiert werden.

Gleichzeitig verkündete die Regierung unter Édouard Philippe die geplante weitere Privatisierung der Pariser Flughäfen Charles-de-Gaulle und Orly. Bisher war eine staatliche Mindestbeteiligung von 50% vorgeschrieben, nun wird ein kompletter Rückzug des Staates möglich.

Die berufliche Weiterbildung für Beschäftigte und Erwerbslose soll auf ein Gutscheinsystem mit 500,- Euro Guthaben pro Jahr umgestellt werden. Die Idee der »Bildungsgutscheine« des Urvaters des Neoliberalismus, Milton Friedman, lässt grüßen.

Am 7. Mai 2017 triumphierte Macron in der Stichwahl gegen Le Pen. Seine Bewegung »La Republique En Marche«, LREM und die verbündete Partei MoDem gewannen bei der Stichwahl am 18. Juni letzten Jahres 350 von 577 Sitzen in der Nationalversammlung. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass Macron in der 1. Runde der Präsidentschaftswahlen am 23. April nur 18,2% der Wahlberechtigten an sich binden konnte. Bei der 1. Runde der Wahlen zur Nationalversammlung am 11. Juni erreichten LREM und MoDem zusammen nur 15,3% der Wahlberechtigten. Die gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Aktionen im Herbst konnten nicht den notwendigen Druck aufbauen, um Macrons Verordnungen zu verhindern, die eine Schwächung der Gewerkschaften beabsichtigen und eine epochale Zerstörung von Rechten der Beschäftigten bedeuten.

Massenproteste und Wahlen

Schon in den vergangenen Jahren wurde die rechtliche Stellung der Beschäftigten in Frankreich durch eine Reihe von Gesetzen verschlechtert. Das im Februar 2016 bekannt gewordene Gesetzesvorhaben Loi Travail oder El Khomri, benannt nach der ehemaligen Arbeitsministerin, bedeutete eine wirkliche Umwälzung im französischen Arbeitsrecht. Gegen dieses Vorhaben mobilisierten vier Gewerkschaften¹ und drei Schüler- und Studentenorganisationen – unterstützt von einer Mehrheit der französischen Bevölkerung. Von März bis zur Sommerpause im Juli 2016 fanden in Paris und vielen weiteren Städten insgesamt 15 Massendemonstrationen statt. Streiks bei Zeitungen, im Luftverkehr, bei der Bahn oder im Regionalverkehr forderten die Rück-

1 Mobilisiert wurde von CGT, Force Ouvrière, Sud-Solidaires und FSU. Diese repräsentieren bei den Wahlen der Gewerkschaftsvertreter zusammen knapp die Hälfte der Beschäftigten (<http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Frankreich/Gewerkschaften>). Die FSU ist die größte Gewerkschaft im Erziehungsbereich und im öffentlichen Dienst. Die versöhnliche CFTD konnte bei den Wahlen in der Privatwirtschaft im März 2017 mit 26,4% die CGT (24,9%) knapp von Platz 1 verdrängen. Auf Platz 3 folgt FO mit 15,6%. Die Gewerkschaft der Fach- und Führungskräfte CFE-CGC erhielt bei diesen Wahlen 10,7%, die christliche CFTC 9,5% (http://www.huffingtonpost.fr/2017/03/31/la-cfdt-devance-la-cgt-et-devient-le-premier-syndicat-de-france_a_22019860/). CFTD, CFTC, UNSA und CFE-CGC standen bei dem Konflikt auf Seiten der Regierung bzw. blieben passiv.



nahme des Gesetzes. Ende Mai kam es wegen der Streiks in Raffinerien und Häfen, unterstützt durch Blockaden von Benzindepots durch LKW-Fahrer, Erwerbslose, Rentner, Studierende, zu einer ernsthaften Benzinknappheit in verschiedenen Regionen. Dennoch war der öffentliche Druck nicht ausreichend, um das Gesetz zu verhindern, das im August 2016 im Amtsblatt verkündet wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen und den Wahlen zur Nationalversammlung zahlten die Sozialistische Partei und ihr Kandidat Benoît Hammon einen sehr hohen Preis dafür, dass dieses unternehmerfreundliche Gesetz gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, mit Hilfe des demokratisch fragwürdigen Artikels 49-3 und begleitet von einem brutalen Vorgehen der Bereitschaftspolizei gegen die Gewerkschaftsdemonstrationen durchgesetzt worden war. Im Frühjahr 2017 landeten Kandidat und Partei bei deutlich unter 10%. Letzten September musste der Parti Socialiste aus finanzieller Not seine Parteizentrale in der Rue de Solferino in Paris verkaufen.

Die Implosion der Sozialisten und die Schwächung der Gaullisten wegen verschiedener Korruptionsaffären, besonders um den Präsidentschaftskandidaten Fillon, machten den Weg frei für Emmanuel Macron mit seiner Sammlungsbewegung En Marche. Er konnte entscheidende Trümmer des PS sammeln und wichtige Teile der Gaullisten auf seine Seite ziehen. Dadurch wurde er zum entscheidenden Kandidaten, der eine Präsidentschaft Marine Le Pens verhindern sollte. Die wichtigste Opposition von Links kam nun von der Wahlbewegung »La France Insoumise«, »das unbeugsame Frankreich«, mit dem Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon, der überraschenderweise die Stichwahl nur knapp verpasste.

Deregulierung des Arbeitsrechts

Emmanuel Macron hatte im Wahlkampf keinen Zweifel daran gelassen, das Arbeitsrecht noch über das Gesetz El Khomri hinaus verschärfen zu wollen. Durch ein »Loi d'habilitation« ermächtigte ihn die Mehrheit der National-

versammlung im Sommer 2017 seine Absichten durch 5 Ordonnances zu verordnen, um so eine breite Debatte im Parlament zu verhindern. Was sind nun die wesentlichen Verschlechterungen des Gesetz El Khomri für die Beschäftigten und welche Verschärfungen enthalten die Verordnungen Macrons, die im September letzten Jahres beschlossen wurden?

Es ist offensichtlich, dass alle Maßnahmen dem Ziel folgen, die klassenbewussten Gewerkschaften zu schwächen, um Arbeit billiger zu machen und so die Situation der französischen Industrie im internationalen Konkurrenzkampf zu verbessern. Die Entscheidungen sollen möglichst auf Betriebsebene getroffen werden, wo die Belegschaften leichter erpressbar sind. Bisher war es für Frankreich kennzeichnend, dass ein großer Anteil der Tarifverträge allgemeinverbindlich war. Noch 2011 wurden 93% der Beschäftigten durch einen Tarifvertrag erfasst, eine der höchsten Tarifbindungen in Europa. Das Instrument der **Allgemeinverbindlichkeitserklärung** hat seine Wurzeln im Gesetz von 1919 zum »kollektiven Arbeitsvertrag«. Am 24. Juni 1936 ermöglichte ein von der Volksfront geschaffenes Gesetz diese kollektiven Arbeitsverträge vom Arbeitsministerium als allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Nach der Befreiung von der deutschen faschistischen Besatzung, bei der die französischen Kommunisten einen wesentlichen Anteil hatten, kontrollierte bis 1950 der Staat, die Vierte Republik, die Löhne. Mit dem Gesetz vom 11. Februar 1950 wurden freie Tarifverhandlungen ermöglicht, deren Ergebnis das Arbeitsministerium in den meisten Fällen als allgemeinverbindlich erklärte. Außerdem wurden Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung in die Allgemeinverbindlichkeit einbezogen. Auch während der Fünften Republik seit 1958 und bis zur Wahl des Sozialisten Hollande 2012 hatte sich an dieser Rechtslage nichts Wesentliches geändert.²

Durch die Hartz IV- »Reformen« in Deutschland und die nachlassende Tarifbindung rechts des Rheins entstand für die französische Bourgeoisie die Notwendigkeit, auch in Frankreich den hohen Anteil tarifgebundener Beschäftigung massiv zu senken, bzw. die Branchentarife nach unten zu öffnen. Ein wesentliches Instrument zu diesem Zweck trägt die Bezeichnung »**Umkehr der Hierarchie der Normen**«. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich die Möglichkeit, schlechtere Haustarife an die Stelle von Branchentarifen oder branchenübergreifenden Tarifverträgen zu setzen. Es gilt nicht mehr die für die Beschäftigten günstigste Regelung, es kann ab jetzt auch die ungünstigere sein. Im Gesetz El Khomri betraf das nur die Arbeitszeit, durch Macrons Verordnungen gilt es beispielsweise auch für Bezahlung und Arbeitsschutz.

Ab September 2017 haben Branchenverträge Vorrang in 11 Bereichen: Mindestentlohnung, Eingruppierung, Erschwerniszulage, Gleichheit bei Männern und Frauen, Probezeit, Teilzeit, Rente, Gegenseitigkeit bei den paritätischen Sozialfonds und bei der Ausbildung, Bedingungen bei Befristung oder projektgebundenen Arbeitsverträgen.³ Wie Luc Peillon in der Libération vom 7.9.2017 bemerkt, steigen einige dieser Bereiche auf der Leiter der Normen ab, weil sie bisher vom Code du travail, der Arbeitsgesetzgebung, geregelt wurden, ohne Ausnahmen zuzulassen.⁴ Der Branchentarif darf heute also auch von der bisherigen Arbeitsgesetzgebung abweichen. In vier weiteren Bereichen können die Branchen wählen, ob sie den Branchentarif oder den



Aufgabe ist es, anzukommen, bevor die Fabrik ins Ausland verlegt wird!
aus: Fakir, 9.3.2018

Haustarif anwenden: Vorbeugung beruflicher Risiken, Eingliederung Behinderter, Gefahrenzuschläge, Zahl der Gewerkschaftsvertreter. **In allen anderen Bereichen dürfen die Betriebsvereinbarungen vom bisherigen Code Du Travail abweichen.** Der ehemalige sozialistische Politiker und Arbeitsinspektor Gérard Filoche nannte das zu Recht einen Bruch mit 100 Jahren Errungenschaften der französischen Arbeiterbewegung.⁵

Die Hälfte aller französischen Lohnabhängigen arbeitet in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten. Hier können die Patrons, die Firmeninhaber, jetzt mit Personalvertretern ohne gewerkschaftliches Mandat verhandeln. In Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten werden die bisherigen Gremien: Personalvertreter, Betriebskomitee (CE) und Komitee für Hygiene, Sicherheit und Arbeitsbedingungen (CHSCT) zu einem einzigen zusammengelegt: Dem Rat für Soziales und Ökonomie (CSE). Fragen des Arbeitsschutzes unterliegen damit beispielsweise viel stärker Erpressungsversuchen mit Stellenabbau oder Betriebsverlagerung aufgrund angeblich fehlender Rentabilität.

Die **Erleichterung von Entlassungen und Stellenabbau** bilden einen weiteren Schwerpunkt der Verordnungen. Wenn ein Beschäftigter zu Unrecht entlassen wird, kann er eine Entschädigung erstreiten. Die Rückkehr in den Betrieb ist in Frankreich nicht vorgesehen. Seit langem übt der Unternehmerverband MEDEF Druck aus, um Obergrenzen für Entschädigungen zu erzwingen. Im Gesetz El Khomri gab es nur Tabellen mit Empfehlungen. Die Verordnungen Macrons halbieren einerseits die Untergrenze der Entschädigungen von 6 Monatsgehältern für 2 Jahre Betriebszugehörigkeit auf 3 Monatsgehälter, noch weniger bei Betrieben unter 250 Beschäftigten. Die Obergrenze wurde entsprechend dem Wunsch des MEDEF auf 20 Monatsgehältern für 30 Jahre Betriebszugehörigkeit festgelegt. Die Klagfrist wurde von zwei Jahren auf eins verkürzt.

Für die Firmen wird es leichter, Arbeitsverträge zu befristen (contrat à durée déterminé, CDD). Bisher konnten sie bei mangelnder Phantasie der Personalchefs nur ein Mal verlängert werden und durften maximal 10 Monate dauern. Am Ende gab es eine Prekaritätsprämie von 10% des Bruttolohns für die Beschäftigten. Ein befristeter Vertrag musste begründet werden. Kettenverträge waren untersagt, wenn auch in der Realität kettenartige Verträge durch die Erfin-

2 https://www.boeckler.de/wsimit_2012_07_dufresne.pdf

3 http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2017/09/12/les-questions-que-vous-vous-posez-sur-la-reforme-du-code-du-travail_5184510_4355770.html#huit-anchor-qu-est-ce-qui-change

4 http://www.liberation.fr/desintox/2017/09/07/non-le-role-de-la-branche-n-est-pas-preserve-par-la-reforme-penicaud_1594558

5 <http://www.filoche.net/2016/06/24/pourquoi-exiger-jusquau-bout-le-retrait-du-projet-de-loi-el-khomri-conference-faite-a-nice-le-jeudi-16-juin-retranscription-complete/>

dung immer neuer Begründungen ermöglicht wurden. Die gleiche Stelle durfte während einer Karenzzeit nicht wieder besetzt werden. Durch Macrons Verordnungen können die Branchen nun über Dauer der Befristung bestimmen, über die Zahl der Verlängerung auf der gleichen Stelle und die Karenzzeiten. Der Abschluss sogenannte »Baustellenverträge« wird erleichtert und soll massiv ausgeweitet werden. Diese an ein Projekt gebundenen Anstellungen können länger dauern als ein CDD und enden mit der Beendigung des Projekts.

Alle Maßnahmen machen es für Arbeitssuchende immer schwerer, einen der begehrten unbefristeten Arbeitsverträge CDI (contrat à durée indéterminé) zu bekommen. Vor 30 Jahren waren nur 5% der Arbeitsverträge befristet, vor 5 Jahren schon 13%. Laut Insee hatten 2016 bereits 32% der 15-24-Jährigen nur einen befristeten Vertrag.⁶ Wir kennen das Problem in Deutschland.

Die Rupture Conventionnelle Collective RCC ist ein neu geschaffenes Instrument, um auch in florierenden Unternehmen Stellen abzubauen. Dieses Instrument kann nur einvernehmlich angewendet werden. Die Entlassenen bekommen eine Abfindung, können danach Leistungen aus der Arbeitslosenkasse beziehen, haben ein Recht auf Umschulung usw.. Die Bekleidungskette Pimkie und Peugeot-PSA kündigten Ende Dezember an, mit Hilfe der RCC Stellen abzubauen zu wollen. Bei Pimkie sollen 280 von 1.900 Stellen gestrichen werden, bei PSA ist die Rede von »einigen Tausend« Beschäftigten.⁷ In den französischen Fabriken von PSA wurde die Zahl der Beschäftigten von 76.000 in 2012 schon auf heute 55.000 vermindert: Bei gleicher Zahl produzierter Autos von ca. 1 Million pro Jahr. PSA erklärte, die RCC sei ein weiteres Instrument im Rahmen des Programms »Gleichgewicht von Beschäftigung und Kompetenzen«. Wenn die Qualifikation der Beschäftigten nicht passt, sollen sie durch andere ersetzt werden können. Dazu Franck Don, Delegierter der christlichen CFTC: »Es darf sich nicht darum handeln, Leuten Geld zu geben (die Abfindungen), um zur Arbeitsagentur pôle emploi zu gehen.«⁸ Stellenabbau auf Kosten der Sozialversicherungen. Probleme, die wir in Deutschland kennen. Die Gewerkschaften befürchten zu Recht, dass PSA die RCC benutzen will, um den Anteil prekär Beschäftigter weiter zu erhöhen, von bereits heute 15% der Gesamtbelegschaft, in der Produktion dagegen schon über 50%.⁷

In jedem Fall hat die RCC für die Unternehmer den Vorteil, dass es die Entlassenen nicht wieder einstellen muss, wie das bei Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen der Fall ist, wenn sich die wirtschaftliche Lage verbessert. Erfolgte die Entlassung durch RCC können stattdessen Jüngere und besser Qualifizierte eingestellt werden. Die durch RCC freigesetzten Beschäftigten haben auch kein Recht auf den »Vertrag zur beruflichen Sicherung«, der eine verstärkte Betreuung durch die Arbeitsagentur und die »Beihilfe zur beruflichen Sicherung« von 75% des Bruttolohns für 12 Monate garantiert. Anders als bei einem Sozialplan hat bei der RCC auch die Arbeitsverwaltung weniger Einflussmöglichkeiten.

Die Schwächung von Arbeitsrecht und Branchentarif bedeutet den Versuch, Errungenschaften von 1936 (Volksfront), 1944 (Résistance) und des Mai 68 zu kassieren. Dieser epochale Einschnitt trifft die französischen Gewerkschaften hart, weil ihr Organisationsgrad nur bei 8% liegt

und sie in mehrere politische Lager geteilt sind. Ihre Stärke war immer eine starke politische Mobilisierungsfähigkeit in breite Bereiche der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung. Ihre politische Durchsetzungsfähigkeit wirkte sich aber indirekt für die Beschäftigten aus, über die Vermittlung des Staates und der Gesetze. Diese garantierten den Gewerkschaften Sitze in Betriebs- und Branchenkommissionen, eine gewerkschaftliche Mandatierung von Personalvertretern und eine hohe Tarifbindung. Die indirekte Vermittlung des Drucks über die politischen Institutionen der Republik hat erheblich zur Politisierung der französischen Arbeiterbewegung beigetragen.

Umverteilung durch Steuern und Sozialabbau

Ein Geschenk für die Reichen im Land ist Macrons Steuerreform. Die Vermögenssteuer ISF soll nur noch auf Immobilien und Grundbesitz erhoben werden, nicht mehr auf Aktien, Lebensversicherungen oder andere Vermögenswerte. Kosten für die Allgemeinheit: 4,5 Mrd. Euro pro Jahr. Die Steuer auf Wohneigentum wird generell abgeschafft (ca. 8 Mrd.). Dafür steigt die Sozialsteuer CSG um 1,7%. Dies soll bei Beschäftigten durch Verminderung der Sozialabgaben kompensiert werden, nicht jedoch bei den Rentnern. Die Nachrichtensendung »20 heures« auf France 2 vom 31. August 2017 kam zu dem Ergebnis, dass durch das Zusammenwirken der drei Maßnahmen Menschen mit einem monatlichen Einkommen von 8.000 Euro pro Monat über 4.000 Euro im Jahr gewinnen. Einkommen von 2.500 Euro gewinnen noch über 600 Euro pro Jahr. Einkommen von weniger als 2.000 Euro pro Monat müssen zusätzlich 435 Euro pro Jahr drauflegen: Macron, the Sheriff of Nottingham!

Im Zeitraum von 4 Jahren sollen die Unternehmenssteuern von 33 auf 25 Prozent gesenkt werden. Die Kapitalertragssteuern werden von mehr als 60 Prozent auf pauschal 30 Prozent im Jahr 2018 reduziert. In der Summe kostet das die Allgemeinheit geschätzte 11 Mrd. Euro pro Jahr (Handelsblatt, 12.7.2017). Die ehemalige Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) forderte nach Macrons und Trumps Steuerreformen nun Ähnliches in Deutschland. Auf der anderen Seite der französischen Gesellschaft wurde den Ärmsten die Wohnungsbeihilfe um 5 Euro pro Monat gekürzt. Nach einem öffentlichen Aufschrei schlug Macron den Vermietern vor, die Mieten um 5 Euro zu senken. Die Vermieterverbände fanden das einen guten Witz.

Die Reduzierung geförderter Beschäftigung bringt viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die Palme. Die soziale Infrastruktur der Kommunen, besonders in Schulen und Kindergärten, ist dringend auf die Arbeitskräfte mit einem »contrat aidé« angewiesen. In 2016 gab es noch 459.000 geförderte Verträge, 2017 noch 280.000 und für 2018 sind nur noch 200.000 geplant.⁹

Soziale Mobilisierung und Gewerkschaften

Die Mobilisierung war nicht zu vernachlässigen aber letzten Endes nicht ausreichend für eine flächendeckende Rücknahme der Verordnungen, so wie das 1995 mit Alain Juppés Konterreformen oder 2006 mit dem Ersteinstillungsvertrag CPE passiert war, den eine Massenmobilisierung von Jugendlichen und Gewerkschaften noch nach seiner Verkündung im Amtsblatt zu Fall bringen konnte. Der erste Mobilisierungstag kurz nach der Sommerpause war der 12. September, ein Dienstag. Während der Arbeitszeit streikten

6 <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2850098>

7 http://www.liberation.fr/france/2018/01/08/rupture-conventionnelle-collective-psa-et-pimkie-candidats_1621043

8 http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/12/28/psa-compte-profiler-de-la-rupture-conventionnelle-collective-des-2018_5235198_823448.html (29.12.2017)

9 <http://www.europe1.fr/politique/emmanuel-macron-sur-les-contrats-aides-que-ceux-qui-les-defendent-les-prennent-3492335> 14.11.2017

und demonstrierten in Paris ca. 50.000 Menschen¹⁰, im ganzen Land zwischen 223.000 (laut Polizei) und 500.000 (laut CGT). In anderen Städten gab es eine sehr gute Mobilisierung, AFP berichtete, dass das konservative Nizza die stärkste Mobilisierung seit 2006 erlebt hatte.

Für den 21. September, einen Tag vor Verabschiedung der Verordnungen, riefen CGT und andere Gewerkschaften zu einem weiteren Aktionstag auf. Behindert wurde die Mobilisierung durch die Uneinigkeit zwischen der CGT und Mélenchon, der für den Sonntag danach, den 23. September aufgerufen hatte. Auch zwischen Mélenchon und der Kommunistischen Partei gab es erhebliche Spannungen. Im Lager der Gewerkschaften, die noch 2016 gegen die Regierung vereint waren, CGT, FO, SUD und FSU, gab es Zerfallserscheinungen. Der Generalsekretär der Force Ouvrière, Jean-Claude Mailly, weigerte sich, zu den Mobilisierungen aufzurufen und fiel damit der Bewegung faktisch in den Rücken. Verschiedene Gewerkschaften der FO hatten trotzdem zu Demonstrationen und Streiks aufgerufen, u.a. die FO-Transport und die Lehrgewerkschaft FNEC FP-FO. Am 29. September geriet Mailly beim Nationalen Bundeskomitee der FO mit 123 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen in eine hoffnungslose Minderheitenposition.

Ab dem 25. September drohte Gefahr für die Regierung, als die in CGT und FO organisierten Fernfahrer Benzindepots und Raffinerien blockierten, wie schon im Mai 2016 und Juni 2017. Die Wut der Fernfahrer war diesmal so groß, dass auch die versöhnliche CFDT und die christliche CFTC Aktionen durchführen mussten. Es kam, wie die Male davor, zu einer bedrohlichen Benzinknappheit und die Regierung gab nach kurzer Zeit nach. **Für die kampfstarken Bereiche Fernfahrer und Docker gilt die Inversion der Hierarchie der Normen nicht, sie konnten den Vorrang des Branchentarifs vor dem Haustarif verteidigen.**

Am 28. September führten die Rentnerinnen und Rentner Aktionen durch, am 10. Oktober streikte der öffentliche Dienst in großer Geschlossenheit, auch Beamte. Hier geht es um die Wiedereinführung eines unbezahlten ersten Krankheitstages, eines »Karenztages«. Die Gehälter sind schon seit 8 Jahren eingefroren, 120.000 Stellen sollen abgebaut werden. Trotz der zu schwachen Mobilisierung finden weiterhin 68% der Bevölkerung die »Reformen« unsozial und befürchten einen Abbau ihrer Rechte, besonders Menschen aus den mittleren und unteren sozialen Schichten. (BFMTV online, 27.9.17) Diese Stimmung wird auch nicht dadurch geändert, dass Macron am 8. September Teile der Bevölkerung als »Faulpelze, Zyniker und Extremisten« beleidigte. Zu der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Belegschaft des Auto-Zulieferers GM&S, sagte er am 5. Oktober, sie sollten sich lieber Jobs suchen, als einen Saustall zu veranstalten („foutre le bordel“). Trotzdem profitiert Macron weiter von der Implosion der Sozialisten und der Spaltung der Gaullisten. Viele Französinen und Franzosen sind ihm gegenüber skeptisch, glauben aber, keine Alternative zu haben.

Die politischen Parteien

Der Parti Socialiste bekam nach seiner traurigen Rolle, das Gesetz El Khomri gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung mit dem demokratisch fragwürdigen Artikel 49-3 und mit einer brutalen Repression gegen die großen Gewerkschaftsdemonstrationen durchgesetzt zu haben, einen politischen Schlag bei den Wahlen, von dem er sich wahrscheinlich nicht so schnell erholen wird. Die Rechten aus dem PS liefen mit wehenden Fahnen zu Macron über. Der Zerfall der Sozialdemokratie ist keine auf Frankreich be-

schränkte Erscheinung. Die aus der krisenhaften Kapitalakkumulation entstehende Notwendigkeit, die Lasten auf die Lohnabhängigen abzuwälzen, ist gleichzeitig der Zersetzungspilz der Sozialdemokratie und der Treibstoff für die extreme Rechte.

Der Front National hat sich von seinen enttäuschten Erwartungen bei der Stichwahl am 7. Mai und dem verpatzten TV-Duell am 3. Mai 2017 durch eine übermüdete, uninformierte und aggressive Marine Le Pen bis heute nicht erholt. Erhofft hatte man 14 Millionen Stimmen, es waren dann »nur« 10,6 Millionen, erschreckend genug. Zerstritten und konfus ist man bei der Frage des Euro-Austritts, den momentan 70% der Franzosen ablehnen. Als Sündenbock wurde Parteivize Florian Philippot aus der Partei geekelt, der den Flügel repräsentiert, der sich scheinbar gegen die neoliberalen Reformen wendet und klar für einen Frexit eintritt. Phillipot gründete daraufhin die Partei Les Patriots. Die unternehmerfreundliche katholische Nichte Marion Maréchal Le Pen wartet derweil auf ihre Chance. Mit einem neuen Gesicht kann der FN sehr plötzlich wieder sehr gefährlich werden. An dieser Situation ändert auch die für Marine Le Pen politisch riskante Umbenennungsaktion in »Rassemblement National« nichts.

Die Gaullisten sind gespalten in den »gemäßigten Flügel« um Ministerpräsident Édouard Philippe, der mit Macron zusammenarbeitet, weil er ja genau seine Vorstellungen von »Reformen« umsetzt. Der bei der Partei »Les Républicains« verbleibende Flügel unter ihrem neuen Vorsitzenden Laurent Wauquiez wandert politisch erkennbar nach rechts, hin zu konservativ-katholischen Vorstellungen, gepaart mit anti-arabischen Ressentiments, um es konzilient zu formulieren. (FAZ online, 10.12.2017)

La France Insoumise mit Jean-Luc Mélenchon wird von 28% der Bevölkerung als die eigentliche Opposition wahrgenommen. (BFMTV online, 20.11.2017) Nach dieser Umfrage nehmen 14% den Front National und nur 8% die gaullistischen Les Républicains als Opposition war. **42% sind aber der Meinung, dass es überhaupt keine politische Bewegung gibt, die eine Opposition verkörpert. Zeichen einer tiefgreifenden Desorientierung und Desillusionierung.** LFI hat durchaus problematische Seiten, wenn etwa die Symbole der Arbeiterbewegung durch nationale Symbole ersetzt werden, wenn nicht der Gegensatz von Kapital und Arbeit im Vordergrund steht, sondern »Oligarchie gegen Volk«. Auch das Bestreben, sich nicht mit anderen fortschrittlichen Kräften zu verbünden, sondern sie zu ersetzen, erleichtert die Sammlung der Kräfte nicht. Dennoch bleibt LFI ein Faktor, an dem eine fortschrittliche Opposition gegen die Politik Macrons nicht vorbeikommen wird. Mélenchon konnte immerhin in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 30% der 18 bis 24-jährigen Wählerinnen und Wähler an sich binden.

Die politische Organisation Emmanuel Macrons trägt seine Initialen: EM, seit seiner Wahl am 7. Mai 2017 LREM. Diese Organisation sollte sich bewusst von den etablierten politischen Parteien unterscheiden, von deren Korruption die Menschen zu Recht die Schnauze voll haben. LREM ersetzt also weitgehend die traditionellen politischen Organisationen – aber durch was? Die Mitgliedschaft konnte man sich durch Mausclick erwerben, Mitgliedsbeiträge gibt es nicht. Durch Spenden kamen schnell einige Millionen zusammen, die Rede ist inzwischen von 20 Millionen Euro pro Jahr (FAZ online, 18.11.2017), wer spendet? Es konnten einmalig viele politische Neulinge in die Nationalversammlung geschickt werden, einmalig jung, mit einem einmalig hohen Frauenanteil. Soweit die guten Nachrichten. Auf ihrem ersten Parteitag am 18. November in Chassieu bei Lyon zeigten sich die ersten Risiken und Nebenwirkungen.

10 Bernard Schmid, labournet, 13.9.2017

Auf dem Kreuzweg eines einst
linken Volkes spielen die
Sozialisten die Rolle des Pontius
Pilatus: Warum kämpfen?
Gegen welchen Feind?
Das soziale Schlachtfeld ist
verlassen. Frei für die Rechte.
Sie wird es auf ihre Art besetzen,
und mit Erfolg...



Dans le chemin de croix d'un
peuple jadis de gauche, les
socialistes jouent le rôle de Ponce
Pilate : pourquoi combattre ?
Contre quel ennemi ?
Le champ de la bataille sociale est
déserté.
Libre pour la droite.
Qui va l'occuper à sa manière, et
avec succès...

Christophe Castaner war der einzige Kandidat für den Parteivorsitz. Dazu bestimmt wurde er von – EM. Die 750 Delegierten mussten nur noch die Hand heben. Über dieses Procedere zeigten sich in einer Umfrage 52% der Französischen und Franzosen schockiert (Der Standard online, 18.11.2017). Begleitet wurde der Parteitag von einem medienwirksamen Austritt von 100 ehemaligen Mitstreitern, darunter möglicherweise einige Lokalgrößen. Ein »unerträglicher Zentralismus« wurde beklagt, »eine von Anglizismen triefende Sprache« wie bei einem Start-Up-Unternehmen. (FAZ online, 18.11.2017) Das ganze erinnere eher an eine NGO oder einen Verein als an eine politische Partei. Die ehemalige Umweltministerin Corinne Lepage sagte: »Das ist keine neue Parteienwelt mehr, sondern eine vorsintflutliche.« Etwas bösartig könnte man LREM auch so buchstabieren: »La République = Emmanuel Macron! L'état c'est moi! Der Staat bin ich!« Wie viele der in der Mitgliederdatei gespeicherten 386.000 Menschen bei dieser auf eine Person eingeschworenen Veranstaltung übrig bleiben werden, falls die Fortune ihren Schöpfer verlassen sollte, bleibt abzuwarten.

Repression

Auf ihr Glück möchte sich die herrschende Klasse wohl nicht verlassen, wenn soziale Massenproteste stattfinden. Der Ausnahmezustand war seit dem November 2015 verlängert und sechsmal verlängert worden. Am Mittwoch, den 1. November sollte er endgültig auslaufen. Aber bereits am Tag vorher war das neue Antiterrorgesetz in Kraft getreten, das den Ausnahmezustand nun quasi zum Normalzustand erhebt. Teile der Exekutive wie Innenminister oder Präfekten können ohne einen richterlichen Beschluss die Bewegungsfreiheit von Personen einschränken, sobald ein »Verdacht« vorliegt. Ein schwerwiegender Verstoß gegen die in der französischen Revolution erkämpfte Teilung der Gewalten. Das gleiche gilt für Polizeikontrollen ohne richterliche Anordnung. Forderungen nach einer präventiven Sicherheitsverwahrung bei Verdacht wurde noch nicht stattgegeben.

Diese gravierende Einschränkung der Freiheitsrechte wird mit der Abwehr islamistischen Terrors begründet, auch wenn westliche Staaten und ihre Verbündeten wie Saudi-Arabien im Nahen und Mittleren Osten gerade solche Gruppen aufrüsten und finanzieren. Sie wird aber sehr nützlich sein bei der Abwehr des »inneren Feindes« in Form einer sozialen Massenbewegung. Das Polizei- und Geheimdienstmanöver rund um den G20 Gipfel in Hamburg und die Ernennung von Hartmut Dudde zum Einsatzleiter sind das rechtsrheinische Äquivalent. Dudde wurde einst von »Richter Gnadenlos« Ronald Schill zum Leiter der Bereitschaftspolizei befördert und hat ein bizarres Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat. Die Verschärfung der sozialen Widersprüche befördert überall in Europa den Bruch von Grundrechten. Die »marktkonforme Demokratie« hat den Duft von Tränengasschwaden. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung vergleicht die Fotofahndung der Hamburger Polizei im Internet mit den schlimmen Ex-

zessen der 1970iger Jahre.¹¹ Der Grüne Justizsenator Till Steffen verteidigt die Maßnahme. (nrd.de, 27.12.2017)

Ausblick

Als bei der Internetfirma Gemalto, nach eigener Aussage Weltführer für digitale Sicherheit, 126 der 700 Beschäftigten entlassen werden sollten, rief Anfang Dezember ein übergewerkschaftliches Bündnis aus FO, CFDT, UNSA und CFE-CGC zum Streik auf.¹² Bemerkenswert ist das Fehlen der CGT, die in der Firma nicht verankert zu sein scheint. Genau die technische Intelligenz ist es, die sich eher in der Gewerkschaft der Fach- und Führungskräfte CFE-CGC organisiert, die überdurchschnittlich Macron gewählt hat und die sich als Gewinner Macron'scher »Reformen« sehen soll. Noch bemerkenswerter ist ein selbstgemaltes Transparent der Streikenden: »Loi Travail« und »Merci Patron« war zu lesen, nach dem sehenswerten Film von François Ruffin, der die Bewegung »Nuit Debout«, »aufrechte, wache Nacht« im Frühling 2016 ausgelöst hatte. Die Erfahrungen der sozialen Bewegung des Frühlings und Sommers 2016 ist unter der Oberfläche bei den fortschrittlichen Teilen der französischen Bevölkerung weiterhin präsent. Macron will die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung reformieren. Er orientiert sich an Dänemark mit seinem Modell der »Flexsécurité«, dem Versprechen, Flexibilität für die Patrons mit der Sicherheit der Lohnabhängigen in Einklang bringen zu können. Das dänische Modell sieht die verschärfte Überwachung der Erwerbslosen vor: Wir kennen es in Deutschland als »aktivierenden Sozialstaat«. Als würde es an der Passivität französischer Erwerbsloser liegen, wenn PSA bei gleichem Ausstoß an Kraftfahrzeugen fast ein Drittel der Belegschaft abbaut – in lächerlichen fünf Jahren! Im Januar fanden Streiks und Blockaden durch das Personal der komplett überlasteten französischen Gefängnisse und Auseinandersetzungen in den ebenfalls völlig unterbesetzten Krankenhäusern statt. Die angekündigte Zerschlagung der SNCF und die geplante Privatisierung der Flughäfen lassen ebenfalls ahnen, dass Frankreich auch unter Macron nicht zur Ruhe kommen wird. Möglicherweise werden seine »Reformen« viele Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Auch wenn sich die soziale Bewegung 2016 nicht durchsetzen konnte: Es wurde wenigstens versucht. Die darin gemachten Erfahrungen gilt es bei der nächsten Möglichkeit zu nutzen – in Frankreich wie in Deutschland. Und die klassenbewussten Gewerkschaften in Frankreich werden auch in Zukunft ihre Rolle spielen. Sie nach unseren besten Kräften zu unterstützen, möglichst durch soziale Auseinandersetzungen mit unserer eigenen Bourgeoisie und ihren Vertretern, liegt in unserem ureigensten Interesse.

B.K. 12.3.2018 ■

11 <http://www.sueddeutsche.de/politik/videokommentar-von-heribert-prantl-fahndung-nach-g-chaoten-erinnert-an-raf-zeiten-1.3797658>
12 <http://www.lamarseillaise.fr/bouches-du-rhone/flash/65694-gemalto-la-ciotat-les-salaries-en-greve-suite-a-l-annonce-du-plan-social-4.12.2017>

Die Sowjetunion in der Breschnew-Zeit

Die Zeit der späten sechziger und der siebziger Jahre, also im Kern die Amtszeit Breschnews als Generalsekretär der KPdSU, ist zuweilen als »goldene Zeit des Realsozialismus«¹ bezeichnet worden. Diese Charakterisierung stützt sich darauf, dass die Menschen in der Sowjetunion nun in einigermassen ruhigen und sicheren Verhältnissen lebten. Es war nicht der versprochene Wohlstand des Kommunismus, er war auch recht bescheiden im Vergleich etwa zu den USA oder Westdeutschland. Aber die Menschen hatten ihr Auskommen und ihre Sicherheit. Das Land war in breitem Ausmaß industrialisiert, und es hatte eine wahre Bildungsrevolution stattgefunden. Das alles hatte den Sieg über den deutschen Faschismus und den Aufbau eines sozialistischen Lagers in Osteuropa und Ostasien ermöglicht. Ökonomisch schien es so, dass die Sowjetunion den kapitalistischen Westen ein- bzw. überholen könne. Weltpolitisch befand sich das sozialistische Lager im Bunde mit Befreiungsbewegungen Südostasiens, Afrikas und Lateinamerikas zeitweise in der Offensive.

Doch andererseits waren die Sowjetmenschen an ihre Grenzen gelangt. Die Generationen zuvor hatten Bürgerkrieg, Interventionen, Hungersnöte, den Zweiten Weltkrieg überstehen müssen. Sie hatten den brutalen Existenzkampf und den damit verbundenen Massenterror unter Stalin erlebt. Sie hatten revolutionäre Umwälzungen von der NEP bis zur Einführung der Fünfjahrespläne mitgemacht und unterstützt. Nun schien die Zeit gekommen, in der sie die Früchte dieser Anstrengungen genießen konnten. Das Versprechen des Parteiprogramms von 1961: »Die heutige Generation von Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben« bestärkte sie darin. Doch die Experimente der Chruschtschow-Zeit, die die Produktivkräfte auf die erforderliche Höhe bringen sollten, waren gescheitert. Die Entstalinisierung war in bürokratischer Parteiherrschaft stecken geblieben. Resignation griff um sich, kommunistische Ideale wurde zu Lippenbekenntnissen.

Im Rückblick ist deshalb die Zeit Breschnews auch als »Phase der Stagnation« bezeichnet worden. Sie hob sich deutlich von der Risikobereitschaft, Experimentierfreudigkeit und Zuversicht unter Chruschtschow ab. Die politische und administrative Führung, die Funktionäre der Wirtschaft wie auch die Bevölkerung in der Sowjetunion richteten sich in den gegebenen Verhältnissen ein. Die notwendige Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft auf sowjetischem Boden und im internationalen Rahmen wurde damit versäumt.

Autoritäre Parteiherrschaft

Die neue Parteiführung um Breschnew, Kossygin und Podgorny hatte zunächst das begreifliche Bestreben, sich vom Vorgängerregime spürbar und sichtbar abzusetzen, ohne dessen Abgrenzungen von der Stalin-Zeit völlig preiszugeben. Auch Chruschtschow wurde Personenkult vorgeworfen. Also wurde jetzt eine kollektive Führung propagiert. Das war relativ preiswert zu haben und sprach die kritischen und ungeduldigen Menschen positiv an. Auch die sachliche Kritik an den gescheiterten Reformen konnte man damit verbinden: Die vorherige Parteiführung, so hieß es jetzt, habe den Rat kompetenter Fachleute in den

Wind geschlagen. Es fielen Begriffe wie »Subjektivismus«, »Phantasterei«, »großsprecherische Ankündigungen«, »übereilte Entscheidungen«, »Ignorieren der praktischen Erfahrungen«².

Ausgangsbasis war die Tatsache, dass die sowjetische Politik bisher von Stalin, danach Chruschtschow zentral von einer Person abhängig war. Natürlich konnten diese ihre Entscheidungen nur unter den vorgegebenen Umständen treffen, aber wenn es darum ging, wer die Richtung bestimmt, so schien es nur auf den Generalsekretär anzukommen. Dies sollte in Zukunft anders gehandhabt werden. Die allerhöchsten Posten wurden also unter den führenden Genossen aufgeteilt (Breschnew – Parteichef, Kossygin – Regierungschef, Podgorny – formelles Staatsoberhaupt, hinzu trat der »Parteiideologe« Suslow), und die unteren Ebenen sollten entsprechend verfahren³. Der weitere Verlauf zeigte freilich, dass dies allein kein entscheidender Beitrag zur Entbürokratisierung der kommunistischen Partei sein konnte. Dazu fehlte wirksamer Druck von unten aus der Parteibasis, den Betrieben, den Gewerkschaften und dem, was heutzutage »Zivilgesellschaft« genannt wird. In der Folge stellte sich der Personenkult auch unter Breschnew (wenn auch in gemäßigter Form) Zug um Zug wieder her.

Die Parteiführung war nicht bereit, sich auf unvorhersehbare Risiken für ihre eigene Stellung durch die Demokratisierung von Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzulassen. Die Unsicherheit durch den Stalin'schen Terror ebenso wie die Chruschtschow'schen Experimente, so nachvollziehbar sie vor dem Hintergrund ihrer historischen Bedingungen auch sein mochten, prägten diese Parteilite. Das Breschnew-Lager hatte sich gegen Chruschtschow nur durchsetzen können, weil es sich mit alten Stalinisten verbündete. Letztlich befürchteten alle Fraktionen, dass eine zu weit gehende Öffnung zur antistalinistischen Kritik das Ansehen und den Bestand der Partei gefährden könnten. Genau daran hakte es fortan. Unter Breschnew wurden die Probleme einer überstarken Zentralisierung nicht mehr prinzipiell hinterfragt. Damit war die Gefahr gegeben, in einer Sackgasse zu enden. Auseinandersetzungen um den Kurs der KPdSU hatten außenpolitische Wirkungen. In erster Linie ist hier die Position der Kommunistischen Partei Chinas zu nennen. Hatte diese schon die Politik der »friedlichen Koexistenz« mit dem US-Imperialismus als gefährliche Illusion und Kapitulation verurteilt, so war die Enttabuisierung Stalins für sie gleichbedeutend mit der Aufgabe des richtigen Weges zum Sozialismus. So hoffte man in Moskau und Peking darauf, dass dieser Bruch im kommunistischen Lager wieder beigelegt werden könnte.

Es scheiterte zumindest im ideologischen Sinne unter damaligen Umständen daran, dass die Restauration des Stalinismus in der Sowjetunion innenpolitisch nicht mehr durchsetzbar war. Die Parteiführung wollte dieses Risiko nicht auf sich nehmen, sondern suchte einen Mittelweg, die Kritik an Stalin einstellen, aber eine »nachstalinistische« bürokratische Politik umsetzen zu können, die ihre politische und gesellschaftliche Stellung bewahrte. Aber ein entscheidendes innergesellschaftliches Hindernis für die weitere Entwicklung des Sozialismus bestand

1 Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991, München 1998, S. 883

2 Helmut Altrichter, Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991, München 2013, S. 15

3 Wir kennen diese Diskussionen und Verfahrensweisen der kollektiven Führung auch im bürgerlichen Parteienspektrum unter Grünen und Parteilinken.

damit fort: Wollte man wirklich den Kommunismus in der Sowjetunion aufbauen und damit auch positiv auf verbündete Opposition (kommunistische/sozialistische Parteien, Gewerkschaften, sympathisierende Intellektuelle, Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« etc.) in der kapitalistischen Welt ausstrahlen, musste der »Stalinismus« mit allen seinen Folgen überwunden werden.

Um hier nicht missverstanden zu werden, weisen wir auch an dieser Stelle auf die bereits in vorhergehenden Artikeln⁴ problematisierte historische Funktion und das Verdienst des »Stalinismus« hin, nämlich unter Bedingungen des brutalen Existenzkampfes gegen den Imperialismus und speziell das faschistische Regime Nazi-Deutschlands und seiner Verbündeten den Bestand der Revolution verteidigt zu haben. Nur dank der strikten Zentralisierung der politischen Entscheidungen und der Konzentration der ökonomischen Mittel auf die entscheidenden Projekte hatte man es erreicht, dass der Sozialismus nicht schon in den zwanziger Jahren oder im Zweiten Weltkrieg zusammengebrochen war. Doch in der Phase, um die es hier geht, gelang es nicht, die stalinistischen Strukturen und deren Folgen, besonders im Bewusstsein der Lohnabhängigen bis hin zu den Funktionären der KPdSU, zu überwinden. Die »Entstalinisierung« mündete nicht in eine sozialistische Demokratie, sondern in eine liberalisierte, gleichwohl autoritäre Parteiherrschaft. Menschen in Opposition dazu mussten nicht mehr um ihr Leben bangen, aber sehr wohl um ihre gesellschaftliche Stellung und ggf. um ihre persönliche Freiheit.

Natürlich sahen sich im kapitalistischen Westen alle antikommunistischen Kräfte in Staat, Gesellschaft und Gewerkschaften mit ihren Kritiken und Vorbehalten erneut bestätigt. Dies wäre auch unter einem günstigeren äußeren Erscheinungsbild des realen Sozialismus kaum anders zu erwarten gewesen. Kommunistische Bewegungen, Parteien und Aktivisten im Westen hatten es politisch unter ihren jeweiligen Bedingungen ohnehin schwer, den Aufbau des Sozialismus als realitätstüchtige und positive Alternative zu propagieren. Die globale Systemkonfrontation bestärkte in der Sowjetunion die Beharrungskräfte, sowohl innen- als auch außenpolitisch. Gleichzeitig wuchsen in Ost und West die Bedingungen und Kräfte heran, die auf einen Ausweg drängten, zumindest im Sinne der späteren »Entspannungspolitik« und unter Wahrung der jeweiligen Interessenlagen.

Entwickelter Sozialismus als Zielvorgabe

Aufgegeben wurde das Ziel des Kommunismus natürlich nicht. Das hätte die gegebenen Grundlagen von Gesellschaft und Staat auf einen Schlag in Frage gestellt. Aber die Breschnew-Fraktion gab frühzeitig die Losung aus, fortan gehe es erst einmal um den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft bzw. des entwickelten Sozialismus (also der ersten Stufe in der Entwicklung zum Kommunismus). Das hieß erstens: Diese Phase sei eben noch nicht erreicht; zweitens: Im Prinzip erhalte der Einzelne erst einmal nur, was seiner Leistung für das Gemeinwesen entspreche; drittens: Die Geschwindigkeit des Aufbaus werde gedrosselt. Statt revolutionärem Schwung ging es darum, sich im Gegebenen einzurichten. Dem folgten die Führung, die mittleren Kader und die Gesellschaft.

Die neue Politik resultierte zwangsläufig aus den Ergebnissen des vorherigen Kurses. Ansatzpunkt der Kritik war vor allem die Landwirtschaft: In diesem Sektor waren

große Erfolge erzielt worden, wenn man sie mit der Ausgangslage nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verglich. Es war jedoch nicht gelungen, die grundlegenden strukturellen Mängel zu beseitigen. Dazu kamen desaströse Fehleinschätzungen und deren Folgen sowie überzogene Versprechungen und Erwartungen, die nicht eingelöst worden waren⁵.

Entsprechendes galt aber auch in der Industrie und in der Gesamtwirtschaft. Im Bruttoinlandsprodukt hatte man den großen Vorsprung der USA ein wenig verringern können (Verhältnis des BIP UdSSR zu USA: 1946 = 20,8 %, 1950 = 31,7 %, 1960 = 35,2 %, 1964 = 34,9 %). Doch erstens hatte dieser Erfolg auch mit einer nicht optimalen Entwicklung in den USA zu tun, und zweitens wurden die Wachstumsraten des BIP schwächer (ein Rubel, der 1963 investiert wurde, ergab 15 Kopeken weniger als 1958).

Interessant ist hier ein Vortrag⁶ im Juni 1965 von Abel Aganbegyan. Er gehörte zum »Institut für industrielle Produktion« in Nowosibirsk. Dessen Forschungsergebnisse waren etwa zwei Jahrzehnte später ein Grund dafür, dass Aganbegyan zu einem der führenden Ökonomen der Perestroika aufstieg. 1965 wurde seine Kritik einer breiteren Öffentlichkeit deshalb bekannt, weil sein Vortrag (beziehungsweise die Notizen davon) im Samisdat⁷ veröffentlicht wurde (obwohl er kein Mitglied der Opposition, sondern der Nomenklatura war). Dass man dieses Verfahren wählte, lag wohl daran, dass seine Ausführungen die harte Realität schonungslos widerspiegeln.

Sein Urteil war vernichtend: Die sowjetische Industriestruktur sei eine der schlechtesten unter allen Industrieländern. Pläne zur Einführung neuer Technologie wurden zuletzt nur zu 70 % erfüllt. In der Werkzeugmaschinenfertigung stand meist die Hälfte der Maschinen still. Um eine Tonne Stahl zu erzeugen, brauchte man dreimal so viele Kohle wie in den USA.

Als eine Ursache für die Probleme wurde von ihm die Tatsache ausgemacht, dass die Sowjetökonomie faktisch immer noch eine Art Kriegswirtschaft war: Von den rund 100 Millionen Beschäftigten waren enorme 30 bis 40 Millionen nur für die Rüstung tätig. Das war natürlich auf den Rüstungswettlauf mit dem Westen zurückzuführen: Die eigentlich schwächere Sowjetökonomie musste sich sehr viel stärker anstrengen, um der Nato doch noch halbwegs Paroli bieten zu können. Aber zwangsläufig war die Kehrseite der Medaille, dass damit die zivile Wirtschaft der SU beeinträchtigt wurde. Und das wiederum musste auf Dauer die Gesamtwirtschaft schädigen.

Der andere Minuspunkt war die enorme Zentralisierung. Das Plansystem war in wesentlicher Hinsicht seit den 30er Jahren nicht verändert worden. In jener Zeit war Planung noch recht einfach gewesen: Um die Industrialisierung des Landes voranzutreiben, brauchte man etwa nur zu entscheiden, in der Stadt X einen Bergwerksschacht zu bohren, in einer anderen Region Y zwei weitere Hochöfen hochzuziehen, in einem dritten Ort Z ein Chemiewerk zu bauen etc. Für die Produkte galt Entsprechendes: Statt hundert Panzer oder Raupen müsse das örtliche Kombinat im nächsten Planjahr fünf 150 pro Jahr fertigen.

Je weiter jedoch die Industrialisierung voranschritt, desto mehr Firmen fielen allein dadurch unter das Plansystem (mit deutlich mehr verschiedenartigen Produkten).

5 vgl. Die Sowjetunion in der Nachkriegszeit, Abschnitt Wirtschaftspolitik des Übergangs, Arbeiterpolitik 5/2017, S. 19f.

6 im Folgenden nach: Abel Aganbegyan, The Real State of the Economy, in: Stephen F. Cohen (Hg.), An End to Silence – From Roy Medvedev's underground magazine »Political Diary«, New York/London 1982, S. 223 – 227

7 Selbstverlag, oft ein Instrument von Oppositionellen bzw. »Dissidenten«

4 vgl. Die Sowjetunion in der Nachkriegszeit, Abschnitt Das Problem des Stalinismus, Arbeiterpolitik 5/2017, S. 17

Potenziert wurde das Ganze dann zusätzlich, weil die Konsumgüterindustrie eine immer größere Bedeutung bekam: Die Rüstung kann man auf ein, zwei Panzer-Typen begrenzen. Bei Konsumgütern geht es aber von vornherein um den Massenbedarf. Es sind also vergleichsweise viele Varianten in geringen Stückzahlen zu fertigen. Entsprechende Anforderungen zu Qualität, Komplexität, Flexibilität sind an Planung und Produktion zu stellen.

Je weiter die Wirtschaft anwuchs und sich zergliederte, desto mehr »Daten« wurden erzeugt, die miteinander abgeglichen werden mussten. Schätzungen liefen auf »mehrere Trillionen« Abstimmungsprozesse hinaus, und das in einer Zeit, wo nicht einmal die zentrale Planbehörde Mitte der 60er Jahre über einen Computer verfügte. Die Datenflut war also immer schwerer zu verarbeiten. Im Endeffekt war kaum noch zu ermitteln und zu kontrollieren, was in der Wirtschaft tatsächlich vorging. Aganbegyan behauptete, manche Einschätzungen der CIA seien realistischer gewesen als Berichte der eigenen Planbehörden. In der Realität handelten die verschiedenen Planstellen – statt ernsthaft zu planen – irgendetwas untereinander aus. Am Ende verordnete die Zentrale einen mehr oder weniger verbindlichen Gesamtplan.

Viele dringlich erwartete Produkte konnten so nicht erzeugt werden. So ging die Lebensmittelversorgung in den Städten zurück. Auf der anderen Seite wurden jedoch beispielsweise Nähwaren oder Uhren in einem Ausmaß produziert, dass man zwei Jahre lang überhaupt nichts Neues hätte anfertigen und dennoch keine Nachschubprobleme gehabt hätte. Die negative Entwicklung betraf nicht mehr allein die Ökonomie, auch der Lebensstandard fiel. Die – versteckte⁸ – Arbeitslosigkeit stieg: In großen Städten belief sie sich – nach Schätzung des o. a. genannten Instituts – auf durchschnittlich 8 %, in kleineren und mittleren Städten sogar auf gut 30 %.

Liberman-Reform: Rationalität von Plan und Einzelbetrieb

Auch, wenn man die »großen Experimente« fortan scheute, musste die Wirtschaft umgebaut werden. Ausgangspunkt dafür wurden die Überlegungen des sowjetischen Ökonomen Jewsei G. Liberman, die dieser bereits seit Mitte der fünfziger Jahre veröffentlicht und 1962 in einem Prawda-Artikel unter der Überschrift »Plan, Gewinn, Prämie« dargelegt hatte. International gehörte er zu einer Tradition, welche von dem polnischen Wirtschaftswissenschaftler Oskar Lange ebenfalls Mitte der 50er Jahre begründet worden war. Einige dieser Fragen wurden auch in der Plandebatte in Kuba und im Zusammenhang mit dem NÖSPL-Kurs ab 1963 in der DDR diskutiert. Diejenigen Artikel, die nach einiger Zeit als Liberman-Debatte firmierten, waren von der SED gleich in den eigenen Organen nachgedruckt und diskutiert worden. Bald darauf tauchte das Ganze dann in den Reformdebatten in der Tschechoslowakei und in Ungarn auf. Dass diese Probleme gleichzeitig in so verschiedenen Zusammenhängen analysiert wurden, ist allein bereits ein Hinweis darauf, dass die in Frage stehende Problematik für das realsozialistische Wirtschaftsmodell schon sehr bedeutend war.

Liberman selbst hatte in dem erwähnten Artikel (und auch eine ganze Weile danach) freilich noch nicht »dem Markt« das Wort geredet. Ihm ging es zunächst allein da-

rum, dass der Plan in der bisherigen Form die Rentabilität der Betriebe völlig außer Acht ließ. Gemeint war damit Kostenneutralität plus Überschuss im Verhältnis zwischen dem planmäßigen und rationalen Einsatz von Arbeitskräften, Betriebsmitteln, Rohstoffen bzw. Vorprodukten und dem Ertrag der Produktion für den gesellschaftlichen Bedarf.

Bisher ging es in der Produktion um die berüchtigte »Tonnenideologie«: Im Plan standen z. B. 100 Bagger oder 10.000 Tonnen Stahl. Nicht die Effizienz im Umgang mit den zugeteilten Ausgangsmaterialien war dabei wichtig, sondern das Ergebnis. Wenn das Werk mehr Bagger/mehr Tonnen ablieferte, war das gut und wurde honoriert. Aber das System war nicht darauf ausgerichtet, dass dieser Vorgang optimiert wurde. Lange Zeit war das kein Problem: Rohstoffe und Arbeitskräfte gab es genug. Es war die Zeit des Aufbaus aus den ursprünglich agrarischen Verhältnissen bzw. nach dem Krieg, der hohen Steigerungsraten und der elementar niedrigen Ansprüche. Solange aber nur die zahlenmäßige Erfüllung, nicht die Rentabilität (Kostenneutralität plus Überschuss) in der Fertigung entscheidend war, wurde das zum Hemmschuh für eine differenziertere Wirtschaftsform, weil die Betriebe kein Interesse an einer kostengünstig und rational organisierten Produktion hatten.

Liberman forderte deshalb, in Zukunft müsse der Gewinn im Mittelpunkt der betrieblichen Aktivitäten stehen. Wer besonders rentabel arbeite, dürfe dann einen nicht zu unterschätzenden Teil des Überschusses behalten und diesen in den Prämientopf der Belegschaft einzahlen. Damit sich das Interesse des Betriebes an einer besonders rentablen Lösung vergrößerte, durfte natürlich zugleich das von oben geschnürte Korsett, der Plan, nicht allzu eng sein. Wer praktisch keine Möglichkeiten habe, etwas anders zu machen, der könne auch keine Chance sehen, anders zu arbeiten, damit am Ende ein nennenswerter Gewinn zu erzielen sei. Also dürfe es nur noch vergleichsweise wenige Kennziffern für die Betriebe geben. Die Aussicht auf Gewinn müsse dazu führen, dass die Betriebe nur das produzieren, wofür es ein gesellschaftliches Interesse gebe.

Gemeint war nicht der kapitalistische Profit, der aus der privaten Aneignung entsteht. Es ging um den Überschuss im Betriebsergebnis, der der jeweiligen Belegschaft zugute kommen soll. Dadurch sollen Arbeitsmotivation und Interesse an der Entwicklung des Betriebes gefördert werden. Im Kapitalismus bestimmt der Erfolg am Markt das Überleben des Unternehmens. Im Sozialismus geht das begrifflicherweise nicht. Aber jenseits abstrakter politischer Motivation muss es einen Mechanismus geben, der die Betriebe zwingt, a) kostengünstig und b) für den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf zu produzieren.

Das akute Problem war, wenn Planung konkret so aussah wie in der Sowjetunion in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, dann war auch durch die Überzentralisierung der Anarchie Tür und Tor geöffnet. Denn auf diese Weise wurde Planung in weiten Bereichen zur Fiktion. In der Konsequenz hieß das, dass ein größeres Maß an Flexibilisierung herzustellen war, um gesamtgesellschaftlich die Wirtschaft doch noch geordnet fortentwickeln zu können. Die einzelbetriebliche Rechnungsführung sollte einen wesentlich größeren Stellenwert bekommen, d. h. die Preise für die Produkte der Betriebe sollten auf den tatsächlichen Kosten der Herstellung beruhen. Damit sollten Betriebe auch die Möglichkeit erhalten, sich auf dem »Markt« umzuschauen, um ihre Maschinen, Vorprodukte, Energie usw. möglichst kostengünstig zu beziehen.

Zugleich sollten die Beschäftigten stärker in die Planung einbezogen werden. Die Betriebe sollten »Gegenplä-

8 Natürlich ist das nicht die Arbeitslosigkeit, wie man sie im Kapitalismus kennt, sondern es geht um Beschäftigte, die in ihrem Betrieb den Gegebenheiten nach nicht produktiv eingesetzt, aber auch nicht versetzt oder entlassen werden können und ihren Lohn bekommen müssen.

ne« erstellen. Einfluss darauf hatten die »Gesellschaft der Rationalisatoren«, die »Organe der Volkskontrolle« und die nun häufiger stattfindenden Betriebsversammlungen. Auf der Ebene der Betriebe wurden zugleich »Fonds der materiellen Stimulierung«, also zur Lohnfindung, eingerichtet. Allerdings waren die Beharrungskräfte immens: Die oben wollten nicht unbedingt Einfluss aus der Hand geben, die unten wollten sich nicht mit zusätzlicher »gesellschaftlicher Arbeit« abgeben, die von der eigenen Freizeit abging. Im Endeffekt gab es bis 1975 erst in einem Drittel der Betriebe Gegenpläne.

Natürlich führte das zu weitergehenden Diskussionen, die den ursprünglichen Sinn in Zweifel zogen. Weil mit dem größeren Freiraum für Betriebe die zentrale Planhoheit ein Stück weit ausgehebelt wurde, besteht bereits mit der Installierung der allerersten Marktelemente die Gefahr, dass schlussendlich die sozialistische Ökonomie zerstört werden könnte. Setzt man diesen Prozess fort oder lässt ihn zumindest zu, wird sich irgendwann Quantität in Qualität verwandeln, so dass die Gefahr besteht, dass aus der Ökonomie selbst heraus das Ende des Sozialismus eingeläutet wird. Dementsprechend spielte nicht nur in der Sowjetunion selbst, sondern auch unter vielen westlichen Linken bei der Einschätzung der 1965er Reform dieser Gesichtspunkt (Gefahr der Rückkehr zum Kapitalismus) eine nicht unerhebliche Rolle. In der Praxis hat man das später in Jugoslawien, in der Perestroika oder in China gesehen.

In der Liberman-Reform ging es eigentlich um »Simulation der Marktwirtschaft«, nicht um echten Markt von einander unabhängiger Wirtschaftssubjekte im kapitalistischen Sinne. Der neue wirtschaftspolitische Kurs der Sowjetunion sollte sich dem sozialistischen Anspruch gemäß an den unmittelbaren Interessen der werktätigen Menschen orientieren. Aber in der Praxis ergibt sich eine Gratwanderung zwischen dem, was dem Betrieb im »simulierten Markt« überlassen werden kann, und dem, was der Kontrolle durch den übergeordneten Plan bedarf. Es ist hier nicht der Raum gegeben, das jeweilige Scheitern des NÖSPL in der DDR, des »Gulaschkommunismus« in Ungarn, des »Prager Frühlings« in der Tschechoslowakei, der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien zu untersuchen. Ihre Bedingungen waren sehr unterschiedlich. Nicht zu vergessen ist dabei, dass die Konfrontation mit dem imperialistischen System des Westens im Kalten Krieg nicht die Zeit und die Gelegenheit ließ, ökonomische und politische Modellvorstellungen ohne Störung von außen zu entwickeln und auszuprobieren.

Wirtschaftsentwicklung bis Mitte der 70er Jahre

Ab Mitte der 60er Jahre bekamen die bäuerlichen Betriebe mehr Freiraum. Zuvor galt die Landwirtschaft in erster Linie als stoffliche und finanzielle Quelle zur Unterstützung der sozialistischen Entwicklung des gesamten Landes: Von dort sollte Mehrprodukt abgeschöpft werden, um den Aufbau der Industrie voranzutreiben und die Ernährung der wachsenden städtischen Arbeiterschaft sicherzustellen. Für die Bauernschaft war das eine scharfe Ausbeutung, viele verloren ihre Lebensgrundlagen und wanderten in die Städte ab⁹. Nun sollte die Rollenverteilung umgekehrt werden: Die Industrie sollte der Landwirtschaft bei deren Weiterentwicklung helfen. Die staatlichen Investitionen im Agrarbereich wurden gesteigert (fast eine Verdreifachung: 1961 – 65 = 48,6 Mrd. Rubel, 1966 – 70 82,2 Mrd. Rubel, 1971

– 75 = 131,5 Mrd. Rubel), die Pflichtabgaben der Betriebe an den Staat gesenkt und die Preise für Agrarprodukte erhöht. Sowchosen und Kolchosen sollten mit diesen zusätzlichen Einkünften ihre Produktion modernisieren. Die Ausweitung des landwirtschaftlichen Angebotes sollte zu besserer Versorgung der Städte führen. Der Anteil der agrarischen an den gesamtstaatlichen Investitionen stieg auf ein gutes Viertel.

Trotzdem wurde der landwirtschaftliche Ausstoß nur graduell verbessert. Zwar ging man von der Neulandgewinnung in klimatischen Problemzonen ab und wandte sich der Produktivitätssteigerung zu. Doch der dringend notwendige Umstieg von der extensiven zur intensiven Landwirtschaft gelang nicht. Trotz der Verfünffachen der materiell-technischen Ausstattung der agrarischen Betriebe von 1965 bis 1985 wurde nur eine Verdoppelung der Arbeitsproduktivität erreicht. Hinzu kam, dass sich Transportprobleme in dem riesigen Land schnell addierten. Es gelang nur unzureichend, Verarbeitungskapazitäten in der Nähe der Erzeugerregionen zu konzentrieren. So versickerten immer noch 20 – 40 % der Ernte irgendwo zwischen Acker und Verbraucher.

Deutlich wurde das im internationalen Vergleich; im Verhältnis zur westlich-kapitalistischen Landwirtschaft blieb der Ausstoß immer noch sehr gering. In der Mitte der achtziger Jahre (also fast unmittelbar nach dem Ende der Breschnew-Zeit) soll die Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft gerade mal ein Viertel der amerikanischen betragen haben. Gleichzeitig sorgte aber mit Rücksicht auf das soziale Klima der Staat dafür, dass die Endverbraucherpreise für landwirtschaftliche Produkte seit 1962 nicht mehr erhöht wurden. Währenddessen stiegen die Löhne deutlich. Viele Städter hätten sich also gerne mehr, zumindest besseres, gegönnt. Der Geldüberhang in den Taschen der Werktätigen erschien im Endeffekt als zunehmende Mangelwirtschaft.

Insgesamt ging es aber in der sowjetischen Ökonomie rein mengenmäßig bergauf. Der Fünfjahresplan von 1970 bis 1975 gilt als der effektivste in der Geschichte des Landes. Allein im Jahre 1970 war doppelt so viel produziert worden wie in allen Fünfjahrplänen vor dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Die industrielle Fertigung konnte um 50 % gesteigert werden. Das galt auch für die Konsumgüterindustrie, die einen Zuwachs von 49 % verzeichnen konnte. Die Fertigung von Produktionsmitteln konnte um 51 % gesteigert werden. In diesem Zeitraum waren fast 2.000 neue Großbetriebe entstanden. In diese Ära fiel zum Beispiel die Entstehung des Automobilwerks Togliatti. Hier waren 1970 die ersten Ladas vom Band gelaufen.

Anfang der 80er Jahre konnte man dann immerhin darauf verweisen, dass nunmehr 20 % der weltweiten Industrieproduktion auf die Sowjetunion entfielen. In den Bereichen Stahl, Erdöl und Dünger nahm man schon vorher weltweit den ersten Platz ein.

Die Ergebnisse für die Bevölkerung

Die Bevölkerungsstruktur veränderte sich weiterhin. Russland und weite Teile der Unionsrepubliken insbesondere im Süden der Sowjetunion waren zu Zeiten der Oktoberrevolution noch reines Agrarland gewesen. Noch in den letzten Jahren der Chruschtschow-Zeit dominierte die Bevölkerung der Sowchosen und Kolchosen – wenn auch nur knapp. Aber am Ende der Breschnew-Ära lebten fast zwei Drittel der Einwohner in den Städten.

Ein anderes Indiz dafür, dass die Sowjetunion besser als früher dastand, ist die Erzeugung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf, wie die folgende Tabelle zeigt:

⁹ In den »Weißen Flecken« haben wir diese Konflikte im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft in der frühen Sowjetunion ausführlich dargestellt.

Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Westen			
Jahr	BIP SU pro Kopf (in Dollar)	Im Vergleich zu USA (in %)	Im Vergleich zu den 12 ersten Euro-Ländern (in %)
1929	1.386	20	32
1948	2.402	26	54
1964	4.430	35	49
1973	6.058	36	49
1982	6.544	36	45

Mark Harrison, Economic Growth and Slowdown, in: Edwin Bacon/Mark Sandle (Hg.), Brezhnev reconsidered, Basingstoke/New York 2002, S. 46

Zunächst einmal ist das eine rein ökonomische Größe. Aber je mehr produziert wurde, desto mehr gab es zu verteilen. In der Beziehung zum Westen allgemein fällt auf, dass zum einen der Abstand statistisch geringer wurde, andererseits natürlich noch riesig war. Speziell im Verhältnis zu Westeuropa ist zu beachten, dass der Vergleich unmittelbar nach dem Krieg besonders günstig war. Das lag daran, dass zum einen große Gebiete im westlichen Europa noch in Schutt und Asche lagen, während zum anderen die Sowjetunion davon profitierte, dass noch während der Kampfhandlungen viele neue Fabriken weit hinter die Front verlegt worden waren, die umso nachhaltiger produzieren konnten, nachdem der faschistische Feind hinter die Grenze zurückgetrieben worden war. Realistischer sind deshalb erst die späteren Zahlen. Insgesamt hatte sich die relative Situation der UdSSR verbessert, obwohl die kapitalistischen Länder zur gleichen Zeit ebenfalls enorm boomten. Letztlich wurde auch hier deutlich, dass die Sowjetunion längst nicht mehr das unterentwickelte Agrarland aus der Frühphase des Aufbaus des Sozialismus war.

Insbesondere den Städtern ging es in der Sowjetunion eindeutig besser. Zwischen 1965 und 1970 war das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten um 26% angewachsen. Das reale Pro-Kopf-Einkommen ging sogar um 33 % hoch. Drei Viertel des in dieser Zeit neugeschaffenen Nationaleinkommens war allein für den Konsum der Beschäftigten ausgegeben worden. 1960 lebten erst 40 % der Sowjetbürger in eigenen, in sich abgeschlossenen, Wohnungen. 1980 waren es ungefähr 80 %.

Die Ernährungsgewohnheiten verschoben sich zu höherwertigen Lebensmitteln, wenn auch nur leicht. Der Kartoffelkonsum stagnierte, der von Fleisch und Früchten jedoch stieg. Interessant ist auch der internationale Vergleich, zunächst wiederum bei den Lebensmitteln: Unterstellt, ein höherer Verzehr von Brot und Kartoffeln steht für ein ärmeres Land, ein größerer Verbrauch von Fleisch und Eiern für ein reicheres, dann fiel die UdSSR neben den Vereinigten Staaten immer noch sehr deutlich zurück. Aber von so einem mittleren Einkommensland Westeuropas wie Großbritannien war die Sowjetunion nicht mehr weit entfernt.

Verzehr von Nahrungsmittel/Kilogramm pro Kopf			
	1965	1970	1973
Fleisch	41,0	48,0	52,0
Milcherzeugnisse	251,0	307,0	307,0
Fisch	12,6	15,4	16,2
Kartoffeln	142,0	130,0	142,0

Gemüse	72,0	82,0	85,0
Früchte	28,0	36,0	40,0

Philip Hanson, The Rise and Fall of the Soviet Economy, London et al. 2003, S. 115

Internationaler Vergleich: Verzehr von Nahrungsmittel/Kilogramm pro Kopf			
	UdSSR 1973	Großbritannien 1970	USA 1971
Brot	145	73	65
Kartoffeln	124	102	66
Fleisch	52	76	110
Eier (Anzahl)	195	283	321
Milch	307	216	254

Philip Hanson, a. a. O., S. 116

Entsprechend sah es bei dauerhaften, also höherwertigen Konsumgütern aus. Die Verbreitung nahm deutlich zu. Auch hier zeigt der internationale Vergleich den großen Abstand zu den USA und den geringeren zu Großbritannien. Aus solchen Daten konnten die Sowjetbürger den Schluss ziehen, dass sie zwar noch sehr weit hinter den USA zurücklagen, aber eine »Aufholjagd« realistisch und lohnend erschien. Die Sowjetunion näherte sich schon dem Kreis der Länder mit mittlerem Einkommen an.

Eigentum von dauerhaften Konsumgütern Stückzahl pro 1.000 Einwohner			
	1965	1970	1973
Radios	165	199	216
Fernsehgeräte	68	143	195
Kameras	67	77	77
Motorräder	17	21	23
Kühlschränke	29	89	142
Waschmaschinen	59	141	173

Philip Hanson, a. a. O., S. 115

Internationaler Vergleich: Eigentum von dauerhaften Konsumgütern Stückzahl pro 1.000 Einwohner			
	UdSSR 1973	Großbritannien 1970	USA 1971
Radios	216	340	1.695
Fernseher	195	305	474
Telefone	53	314	627

Philip Hanson, a. a. O., S. 116

Allerdings wissen wir, wie die Geschichte weiter ging. Die spätere Entwicklung deutete sich in den einzelnen Sektoren an. Bei den Lebensmitteln war so etwas wie das Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Bei den dauerhaften Konsumgütern dagegen war diese Perspektive fundamental schlechter. Der Abstand zur Weltspitze (den USA) war weiterhin enorm. Da die Fertigung solcher Güter einen ganz anderen -höherwertigen- Produktionsapparat voraussetzt, zeigte sich also schon auf dieser Ebene, dass es mit dem sowjetischen Industriepotenzial nicht so gut aussah, wie sich das auf den ersten Blick darstellte.

Trotzdem wird nachvollziehbar, warum diese Epoche als das »goldene Zeitalter« des Sozialismus verstanden wurde. Solche Veränderungen schlugen sich auch in der Struktur der Kommunistischen Partei nieder: Mehr Menschen konnten sich mit ihr identifizieren. 1961 hatte sie circa 9,2 Millionen Mitglieder gehabt; 1983 waren es um die 18,1 Millionen, die im Sinne der KPdSU Einfluss auf den Fortgang der Gesellschaft nehmen konnten. Zugleich fiel der Anteil der Bauern und der der Proletarier nahm zu: 1961 entstammten 33,9 % der Arbeiterschaft, 17,6 % waren Kolchosbauern. 1983 entfielen auf die Arbeiterschaft 44,1 % und auf die Bauern 12,4 %¹⁰.

Die Probleme der Wirtschaftsentwicklung ab Mitte der siebziger Jahre

Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre wurde jedoch immer deutlicher, dass die sowjetische Wirtschaft mit grundlegenden Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Während in den fünfziger Jahren noch deutliche Wachstumszahlen zu verzeichnen gewesen waren, sanken sie bis in die späten Siebziger dramatisch, Anfang der achtziger Jahre waren es die niedrigsten seit Anbeginn der Sowjetunion¹¹. Die Dramatik der Lage wird deutlich, wenn man die Entwicklung auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren hin aufschlüsselt:

Wachstum in verschiedenen Wirtschaftssektoren		
	1964-73	1973-85
Industrie	5,8	2,9
Landwirtschaft	3,0	0,1
Konsum	4,5	2,5
Investitionen	5,8	2,4

Philip Hanson, a. a. O., S. 133

In den kapitalistischen Ländern verlief die Entwicklung zwar zunächst ähnlich. Nach dem Krieg musste wieder aufgebaut werden, später folgte der Boom des Koreakrieges (die Basis für das in der BRD so genannte »Wirtschaftswunder“) usw. Durch das Ende der Rekonstruktionsperiode, die Krise des Weltwährungssystems und das allgemeine Sinken der Profitraten folgte dann ein relativer Niedergang. Der entscheidende Punkt war allerdings, dass im Westen ein ganz neues Modell entwickelt wurde, das zu einer neuen ökonomischen Effizienz, zur Niederkonkurrierung des Ostens und letztlich zur heutigen Globalisierung des Kapitalismus führte.

In der Sowjetunion hingegen war solch eine Kurs-Änderung systemimmanent schwierig. Viel zu sehr basierte die dortige Wirtschaft auf der Veränderung von extensiven Faktoren: Um den gesamtwirtschaftlichen Ausstoß zu erhöhen, wurden schlicht neue Betriebe errichtet und zusätzliche Arbeiter eingestellt. Eine durchgreifende Modernisierung der Fabriken fand nicht statt. In der folgenden Tabelle sieht man, welche große Bedeutung der »Kapital“-Einsatz (die extensiven Faktoren) in der Sowjetunion hatte und wie sich zugleich die Arbeitsproduktivität immer negativer entwickelte:

Tempo des Anstiegs verschied. Indikatoren – in Prozent			
	1961 – 1970	1971 – 1978	1978 bzw. 1979
Grundfonds (Kapitaleinsatz) in der gesamten Wirtschaft	8,9	8,2	7,2
Grundfonds (Kapitaleinsatz) nur in der Industrie	9,8	8,2	7,4
Arbeitsproduktivität	6,2	4,3	3,7
Gesamte industrielle Produktion	8,5	6,5	3,4

Melanie Tatur, Taylorismus in der Sowjetunion, Frankfurt/New York 1983, S. 15

Dies führte aber nicht zum Nachdenken über einen weiteren Reformschub. Vielmehr trat eine neue Entwicklung ein, die genau das verbergen konnte. Ab den sechziger Jahren waren in Sibirien große Öl- und Gasfelder entdeckt worden. Für deren Produkte ließen sich ab der ersten Ölkrise 1973 sogar noch einmal explosionsartig erhöhte Preise auf dem Weltmarkt erzielen. Die entsprechenden Exporteinnahmen wuchsen dementsprechend exorbitant. Da sich die Schwerfälligkeit der sonstigen Wirtschaft aber durch solche Einnahmen problemlos kaschieren ließ, gab es insofern auch keinen Anlass, dort wieder nachhaltig zu reformieren. Scheinbar paradox waren die hohen Öl-Einnahmen ein weiterer Grund, warum sich so etwas wie die Stagnationsperiode ausbilden konnte.

Diese Schwerfälligkeit hatte ihre eigentliche Grundlage aber darin, dass die Liberman- (bzw. Kossygin-) Reform von 1965 letztlich nicht das gebracht hatte, was man sich von ihr erwartet hatte. Sie war schlicht nach und nach »versandet«. Als ein zentrales Problem hatte sich die »materielle Interessiertheit« erwiesen. Der Sinn lag ja darin, den Beschäftigten und den Betriebsleitern Anreize zu bieten, damit sie besser und härter arbeiteten. Aber deren Gegenstrategie sah anders aus: Sie weichten von Seiten der Betriebe gleich zu Beginn des Planungsverfahrens die Pläne auf, um so garantiert an Prämien und Boni zu kommen. Für die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft war das natürlich kontraproduktiv.

Das wesentliche Problem war freilich die Planung selbst. Eigentlich hatte sie dezentralisiert werden sollen. Genau dazu war den Betrieben mehr Macht gegeben worden. Das Ganze hätte auf mehr Planung von unten statt von oben hinauslaufen und die Zentrale auf die Setzung der grundlegenden Rahmenbedingungen beschränken sollen.

Das ließ sich in der Praxis nicht so einfach umsetzen. Die Bemühungen der Chruschtschow-Zeit, den Stalin'schen Zentralismus in der Planwirtschaft durch regionale Volkswirtschaftsräte¹² zu überwinden, hatten zu einem Kompetenzwirrwarr geführt, regionale gegen zentrale Planungsbehörden ausgespielt und Planungsfehler nicht verhindert. Entscheidend wurde nun, dass man – um gegen dieses planerische Chaos vorzugehen – die Planungszentren auf der Ebene der Unionsrepubliken auflöste und deren Kompetenzen erneut an Moskau zurückgab. Die Dezentralisierung sollte dadurch verwirklicht werden, dass nun branchenbezogene Leitungssysteme eine größere Relevanz erhalten sollten. Aber die Betonung der Branchen stärkte im Endeffekt sogar eine Tendenz, welche in Moskau zu umfassenden

¹⁰ Günther Rosenfeld/Horst Schützler, Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917-1983, Berlin (DDR) 1985, S. 218

¹¹ Hildermeier, a. a. O., S. 886

¹² vgl. Die Sowjetunion in der Nachkriegszeit, Abschnitt Wirtschaftspolitik des Übergangs, Arbeiterpolitik 5/2017, S. 19f.

Ministerien für Stahl, für Öl, für die Automobilindustrie und sonstiges führte. Somit wurden nun doch alle wesentlichen Beschlüsse in der Hauptstadt gefällt und GOSPLAN stärker gemacht als bisher. So wurde damit fortgesetzt, die bestehenden Verhältnisse zu verwalten.

Es kann hier nicht um eine simplifizierende Alternative ökonomischer Mechanismen gehen, etwa »sozialistische Marktwirtschaft« vs. »bürokratische Planwirtschaft«. Im Sozialismus geht es nicht um ein abstrakt optimales Wirtschaftsmodell, dem man nur technokratisch zu folgen habe, damit alles von allein läuft. Das kann nicht unsere Vorstellung sein, wenn wir uns von der Abhängigkeit von ökonomischen Vorgaben (Adam Smith, »Die unsichtbare Hand“) befreien wollen. Statt Vorgängen, die sich unbewusst hinter unserem Rücken vollziehen, sollten wir gesamtgesellschaftlich politisch entscheiden, was ökonomisch im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder sinnvoll ist. Das erfordert natürlich ein gewisses Maß von ökonomischer Entwicklung. In den dreißiger Jahren standen in der Sowjetunion drängendere Prioritäten des Überlebens auf der Tagesordnung. In den siebziger und achtziger Jahren muss man aber die hemmenden Faktoren eher auf der politischen Ebene sehen.

Stärkung der Beharrungstendenzen nach innen und außen

In der Konsequenz von all dem verstärkten sich die autoritäre Parteierrschaft und der Bürokratismus. Die »kollektive Führung« von ganz oben hatte sich nach unten fortgesetzt. Doch mit Demokratisierung oder Basisinitiativen hatte das nichts zu tun. In der Praxis dominierten der »Pluralismus der Institutionen« und das »Regieren von Büroangestellten«. Da es den Druck von oben wie unter Stalin und auch noch unter Chruschtschow nicht mehr gab, konnten sich die »Kader« breitmachen; sie entschieden alles.

Weil man im Innern so sehr auf einen Kurs orientierte, der tiefgreifende Veränderung im Land scheute, musste eine solche im sozialistischen Ausland umso gefährlicher wirken. Deshalb wurde in Moskau im »Prager Frühling« 1968 vor allem die Gefahr gesehen, dass die bisherige Stabilität des sozialistischen Lagers in Frage gestellt würde. Dass man durch die Veränderungen, die in der Tschechoslowakei angestrebt worden waren, dem Sozialismus wieder ein neue Perspektive hätte geben können, wurde ausgeklammert. Dabei war die sowjetische Führung nicht von Beginn an gegen die Prager Reformen. Erst in dem Moment, als die Machtstellung der KPdSU gefährdet schien, erfolgte von Moskau aus die militärische Intervention der Staaten des Warschauer Vertrages.

In dieser Zeit hatte die Sowjetunion zusammen mit der BRD, Frankreich und den USA eine Entspannungspolitik in Gang bringen können. Hier machte sich der Bruch in der Entwicklung des Weltkapitalismus deutlich. Die erste Hälfte der siebziger Jahre waren noch davon geprägt gewesen, dass die USA und ihre Bündnispartner immer größere Probleme bekommen hatten. Da war zum einen der Vietnam-Krieg, der für die USA aus einer Verflechtung innen-, außen und wirtschaftspolitischer Gründe verloren ging; ein Land der »Dritten Welt« hatte sich gegen die »Supermacht« durchgesetzt. Noch schwerer wog das Ende der Nachkriegskonjunktur in der imperialistischen Welt. Diese Phase des Umbruchs im imperialistischen Lager, deren Ursachen und Erscheinungsformen im Rahmen dieses Artikels nicht darstellbar sind, schlug sich in einer bürgerlichen Revolte – im Alltag als Studentenbewegung wahrgenommen – nieder, die zu vielen gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen führen sollte. Erst einmal hieß das für das

kapitalistische Lager, dass es defensiv auftreten musste. Das waren gute Chancen für die Entspannungspolitik mit Moskau.

Aber mit der Entwicklung des globalisierten Kapitalismus ab Mitte der 70er Jahre änderten sich viele Grundbedingungen. Damit stieg zunächst einmal sehr deutlich die wirtschaftliche Macht des Westens. Zugleich nahm aus imperialistischer Sicht auch die Notwendigkeit zu, die Welt politisch und ökonomisch noch mehr zu durchdringen. Verstärkte Investitionen rund um den Globus mussten abgesichert werden. Der Einfluss des sozialistischen Lagers galt als bedrohliche Einschränkung. Also frönte man im Westen dank Reagan und Thatcher einer immer aggressiver gegen die Sowjetunion gerichtete Außenpolitik.

Nach und nach etablierten sich in den NATO-Staaten Führungen, die wieder in Kategorien des Kalten Krieges dachten. Moskau versuchte nun, sich dort festzukrallen, wo auch immer es möglich war: in Mozambique, Angola und Afghanistan. Zugleich wurde die eigene Aufrüstung vorangetrieben, was den Druck seitens des Westens wiederum verstärkte. Das Problem für die Sowjetunion war natürlich, dass sie auf Dauer ökonomisch nicht mehr mithalten konnte. Das »Totrücken« der Sowjetunion seitens der ökonomisch überlegenen NATO-Staaten wurde zumindest von den USA bewusst inszeniert und führte schließlich zum Erfolg im westlichen Sinne. Aus heutiger Sicht ging an der Perestroika kein Weg vorbei – die Frage war nur: welche Umwälzung, mit wem und zu wessen Nutzen¹³.

Gesamtwertung der »Stagnationsperiode«

Im Nachhinein wird zwar häufig die gesamte Breschnew-Zeit als Stagnationsperiode abgetan. Schon in den Fehlern der Wirtschaftsreform von 1965 wird die eigentliche Ursache dafür gesehen, warum die sowjetische Ökonomie solch großen Probleme bekam, dass ab Mitte der 80er Jahre mit der Perestroika nur noch eine Radikalkur übrigblieb. Wäre die Liberman-Reform anders angelegt gewesen, so wären der UdSSR viele der späteren Probleme erspart geblieben. An dieser Auffassung ist sicher einiges richtig.

Doch für die damaligen Entscheidungsträger hatte sich die Lage gerade nicht von Anfang an so dramatisch dargestellt. Lange Zeit konnte die Sowjetunion weiterhin auf Erfolge verweisen. Und als sich diese Erfolgskurve abzuflachen begann, sah man zugleich, dass es in den führenden kapitalistischen Ländern noch schlimmer aussah. Bekanntlich zeichnete sich dort zu jener Zeit das Ende der Nachkriegskonjunktur ab. Die eigenen Probleme in der Sowjetunion sahen daher nicht so negativ aus. Es gehört ja auch nicht zu den Erfordernissen des Sozialismus, ökonomische Zusammenhänge um jeden Preis zu optimieren. Das passiert im Kapitalismus mit dessen Zwang zur Profitmaximierung. Warum hätte man diesem Beispiel folgen sollen, solange die sozialistische Wirtschaft zu funktionieren schien?

Solche Relativierungen ändern jedoch nichts an der Tatsache, dass sich die ökonomische Entwicklung in der Sowjetunion deutlich zum Negativen veränderte. Zu unterscheiden sind zwei Perioden in der Breschnew-Ära: zunächst einmal diejenige von Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre und dann diejenige ab jener Zeit bis in die frühen Achtziger. So gibt es für diese Zeitabschnitte zwei scheinbar widersprüchliche Charakterisierungen: »Goldenes Zeitalter« des Sozialismus und Stagnationsperi-

¹³ vgl. hierzu Kapitalismus in Russland, Arbeiterpolitik Nr. 4/2016, S. 15 – 22

ode. Doch es war die zweite Phase, die die erste ablöste und den Weg in den Niedergang bedeutete.

Hierfür waren die drei genannten Faktoren verantwortlich: Erstens waren nach all den Revolutionen und Kämpfen der jüngeren Zeit in der Sowjetunion zu wenige bereit, noch einmal an die Front zu marschieren. Zweitens schienen sie es auch nicht unbedingt zu müssen, denn die enormen Ölfunde boten eine Menge an zusätzlicher Finanzkraft. Drittens war es ihnen unmöglich, weil der Wi-

erstand der alten Beharrungskräfte gegen eine tiefgreifende Wirtschaftsreform zu groß war.

Die Blockkonfrontation des Kalten Krieges war eine asymmetrische, in der die Sowjetunion über Jahrzehnte standgehalten hatte, aber letztlich die unterlegene Seite war. Dem globalen Kapitalismus hatte sie über lange Zeit von außen Grenzen gesetzt, die sich auch in dessen Innern auswirkten. Aber gestürzt werden kann dieser nur von innen heraus, wenn die Klassenkräfte dazu herangereift sind.

13.5.2017 ■

Was bleibt?

Die Oktoberrevolution war ein herausragendes Ereignis der Weltgeschichte; sie hatte der Befreiung der Arbeiterklasse und damit der Emanzipation der Menschheit vom Kapitalismus ein breites Tor geöffnet. Die weitere Entwicklung führte zu großen welthistorischen Durchbrüchen (sozialistische Umgestaltung im Osten, staatliche Sozialpolitik im Westen, antikoloniale Befreiungsbewegungen, Antifaschismus, Verteidigung und Ausbau demokratischer Rechte). Doch wir mussten als Zeitgenossen die globale Wende erleben. Mit dem Untergang der bisherigen sozialistischen Gesellschaften (Sowjetunion und Osteuropa) bzw. ihrer Transformation in regulierte kapitalistische Verhältnisse (China und Ostasien) scheint der 1917 begonnene Revolutionszyklus an sein Ende angelangt zu sein. Was bleibt uns aus heutiger Sicht zu sagen? Sind diese Resultate durch die Zeitenwende um 1990 wieder vollständig zurückgerollt?

Die internationale Lage

Wir befinden uns nicht in einem Zustand der Welt vor 1914. Schauen wir uns die Beschreibung Thalheimers der internationalen Lage bei Kriegsende 1945 noch einmal an (vgl. Arbeiterpolitik 3/2017, S. 28): 1. das relativ einheitliche Lager der imperialistischen Siegermächte unter der Vormachtstellung der USA, 2. das von der Sowjetunion geführte sozialistische Lager, 3. die Halb- und Vollkolonien als *»(wenn auch rebellische) Unterwelt der Weltpolitik«*. In allen drei Gruppierungen haben wir seitdem durchgreifende Entwicklungen erlebt.

Der sozialistische Block ist als solcher untergegangen, die Arbeiterbewegung und die antikapitalistische Linke haben einen schweren Rückschlag erlitten, von dem sie sich bisher noch nicht erholt haben. Das allein spricht scheinbar für eine Revision historischer Resultate. Aber das wäre zu kurz gesprochen.

Der imperialistische Verband (NATO- und EU-Staaten, Japan, Australien etc.) befindet sich ebenfalls soweit in fortschreitender Desorganisation, dass interne Widersprüche sichtbar werden. Hierzu gehören Klassenwidersprüche, auf die die Existenz des sozialistischen Lagers über Jahrzehnte prägenden Einfluss hatte. Im Windschatten der Blockkonfrontation hat sich die westeuropäische Arbeiterklasse einen relativen Wohlstand und eine sozialstaatliche Absicherung ihrer Lebenslage erkämpft, die historisch beispiellos sind. Auch wenn dies seit einem Vierteljahrhundert in Frage gestellt wird, sind die damit erworbenen Ansprüche nicht vom Tisch. Sie werden weiterhin geltend gemacht. Die Formen und die Zielrichtung sind umkämpft. Teile der Arbeiterklasse tendieren aufgrund ihrer subjektiven Verarbeitung von Erfahrungen dazu, es mit dem Rechtspopulismus zu versuchen. Die Aufgabe von klassenbewussten Linken ist es, in diesem Dilemma nicht aufzustecken, sondern weiter den emanzipativen Ausweg zu suchen.

Auch das dritte Lager hat sich stark verändert. Die Staaten wurden formal und real unabhängig, mussten und konnten sich in einer bipolaren – kapitalistischen oder sozialistischen – Welt entscheiden. Die Existenz der Sowjetunion hat diese Wahl über Jahrzehnte möglich gemacht. Aber auch ihr Verschwinden stellte nicht den Kolonialismus – weder offen noch versteckt – wieder her, sondern hinterließ eine bunt gegliederte Staatenwelt, in der an dem einen Pol große Schwellenländer herausragen, die die Richtung internationaler Politik mitbestimmen, am anderen Ende gleichwohl Verlierer als *»gescheiterte Staaten«* stehen.

Erbe der sowjetischen Geschichte

Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat der Welt. In der Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Block war sie der prinzipiell fortschrittliche Faktor in der Weltpolitik. Vom sowjetisch geführten Sozialismus bleibt bei allen historischen Mängeln weit mehr als eine erfolgreiche *»Entwicklungsdiktatur«*, nämlich eine beispiellose zivilisatorische Aufbauleistung für die Menschen in ihrem Einflussbereich und indirekt auch im kapitalistisch gebliebenen Teil der Welt. Es war der erste Versuch der Menschheit, im großen Rahmen den Weg aus dem Kapitalismus heraus zu finden¹. Es kommt darauf an, aus dem Gang der Geschichte und den Verhältnissen der Gegenwart die richtigen Schlüsse für die antikapitalistischen Strategien unserer Zeit zu ziehen.

War die SU sozialistisch? Wir haben dazu die in den Diskussionen der KPO aufgestellten Kriterien herangezogen in der Fassung, die ihnen Thalheimer in *»Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion«* gegeben hat: 1. Planwirtschaft, 2. Bedarfsdeckungswirtschaft, 3. Tendenz zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards, 4. Aufhebung der Kapitalistenklasse, gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Wir haben betont, dass dies nur *»Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft«* bzw. *»Anfänge von Sozialismus«* sind. Es sind strukturelle, ökonomische Merkmale von Vergesellschaftung. Dagegen müssen wir feststellen, dass die politischen Bedingungen fehlten: Die Macht lag nach der Durchsetzung und Festigung der sozialistischen Grundlagen nicht bei den Werktätigen, es gab keine freie Selbstorganisation außerhalb der herrschenden Partei, keine innerparteiliche und gesellschaftliche Demokratie. Somit ist festzustellen: Der ökonomischen entsprach keine politische Vergesellschaftung.

Diesen Widerspruch analysierte Thalheimer in einer weiteren wichtigen Broschüre: *»Über die Revolution der Kunst und die Kunst der Revolution«*, in der er den Schwer-

¹ Im Gegensatz zu einer Aussage in einem Diskussionsbeitrag in Arpo 5/2017, S. 23 stellen wir noch einmal ausdrücklich klar: Für Lenin und die Bolschewiki hatte die Revolution in Russland ihren Sinn als Auftakt zur Weltrevolution.

punkt der Analyse auf die Gefahren legte, die dem Sozialismus in seiner damaligen Verfassung drohten. Dazu versicherte er: »Wir kritisieren hier nicht, wir stellen fest und erklären.« Mit anderen Worten: Es geht tatsächlich nicht nur um »materielle Schwierigkeiten«, sondern auch um die Problematisierung politischer Entscheidungen, die zum Zeitpunkt, als sie gefällt wurden, den Umständen nach richtig waren, aber gleichzeitig negative Konsequenzen für die Zukunft enthalten konnten. Dies muss in der Rückschau, in den Nachwirkungen als Problem gesehen und diskutiert werden. Es betrifft die politische Haltung, in der in Gegenwart und Zukunft von uns Entscheidungen zu treffen sind.

Resümierend können wir dennoch festhalten: Von den Grundlagen her war die Sowjetunion eindeutig sozialistisch – auch »Anfang von Sozialismus« ist Sozialismus. Es handelte sich um eine Kombination von öffentlichem Eigentum, unzureichender technisch-materieller Basis und hinter den gesellschaftlichen Errungenschaften zurückgebliebenem politischen Bewusstsein der Arbeiterklasse. Das Wissen um die Erfolge und Fortschritte der ersten sozialistischen Übergangsgesellschaft bleibt ebenso im historischen Gedächtnis der Menschheit wie die Erfahrung ihrer Grenzen und Niederlagen.

Zukunft des Sozialismus

Zwei Lehren sind mindestens aus der Geschichte des sowjetischen Sozialismus zu ziehen:

a) Sozialismus kann nur dann dauerhaft verteidigt werden, wenn die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse ihn will. Das ist eine alte Lehre: Schon im Gründungsprogramm der KPD hieß es, dass »(d)er Spartakusbund ... nie anders die Regierungsgewalt übernehmen (wird) als durch den klaren und unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse ...«. Das kann auch für die Zeit des Aufbaus, der Verwirklichung und der Verteidigung des Sozialismus nicht anders sein. Mit anderen Worten: Sozialismus und Demokratie bedingen einander. Dies war schon immer die Voraussetzung. Angesichts der historischen Zwangslagen der Sowjetunion soll jedoch keineswegs behauptet werden, dass der Weg der Bolschewiki »falsch«, »voluntaristisch« etc. gewesen sei. Aber er stellt eine historische Periode mit entsprechenden Besonderheiten da, die nicht verallgemeinert werden dürfen.

b) Sozialismus kann ebenso nur dann dauerhaft verteidigt werden, wenn ihm kein materiell überlegener Imperialismus hochentwickelter kapitalistischer Staaten gegenüber steht. In diesen selbst muss der Übergang zum Sozialismus gelingen. Was das beim gegenwärtigen Stand des Klassenbewusstseins und der Klassenauseinandersetzungen bedeutet, welcher ökonomische, soziale, politische, moralische Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise stattgefunden haben muss, wie die Herausbildung einer entschlossenen politischen Führung des Proletariats sich vollzogen haben muss, um dann den erneuten Anlauf zur Revolution zu schaffen – über all das zu spekulieren, ist unter den gegenwärtigen Umständen müßig.

Geschichte kennt niemals ein Ende. Seit Beginn der kapitalistischen Entwicklung gibt es das Auf und Ab von »kapitalistischer Akkumulation und Krisen, imperialistischer Expansion und Kämpfen um politische Befreiung und sozialen Fortschritt². Auch heute ist es keineswegs so, dass es keine Klassenkämpfe, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, sozialen Bewegungen gäbe. Zwar fehlt es

derzeit an der Verdichtung dieser Kämpfe zu einem sozialistischen Aufbruch. Aber es besteht immer Hoffnung und Notwendigkeit, den Kampf um die Emanzipation der Menschheit fortzuführen.

Doch die Entwicklung braucht ihre Zeit: »Eine Gesellschaftsordnung geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind« (Karl Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie). Die Oktoberrevolution als Auftakt eines weltweiten Übergangs zum Sozialismus mag im Nachhinein »verfrüht« erscheinen, um dieses große Ziel im ersten Anlauf zu erreichen. Ihre Rolle als »Lokomotive der Geschichte« hat sie aber in vieler Hinsicht erfüllt, bis hin zur Niederkämpfung der Reaktion und des Faschismus, solange die Sowjetunion dazu in der Lage war. Erstaunlich ist nicht, dass der Sozialismus in dieser historischen Situation der Unterlegenheit an materiellen Ressourcen verloren hat, sondern vielmehr, dass er siebenzig Jahre standgehalten und durchgreifende soziale Veränderungen weltweit bewirkt hat. Daran ist anzuknüpfen, ohne die Geschichte simpel wiederholen zu wollen. »Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen« (Friedrich Engels).

Zur Problematik der Wiedereinführung des Kapitalismus in Russland

Mit unserer kleinen Artikelserie von 2017/2018 haben wir auf früheren Arbeiten aufgebaut, nämlich der Artikelserie von 1988 bis 1990 (und Broschüre) »Weiße Flecken«, in der wir die Zeit von 1921 (NEP-Periode) bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs dargestellt hatten (vgl. Arbeiterpolitik Nr. 1/2 2017, S. 22). Mit den »Weißen Flecken« beteiligten wir uns seinerzeit an einer politischen Debatte, in der es um die Position zur damaligen Sowjetunion ging, die sich in der Auseinandersetzung um einen grundlegend neuen Kurs der sozialistischen Entwicklung befand (welcher dann jedoch – entgegen ursprünglichen Absichten – in einen Existenzkampf mündete).

In den neuen Beiträgen geht es um die Weiterentwicklung unter einer neuen Fragestellung, die den veränderten Verhältnissen angemessen ist: *Warum hat die russische Arbeiterklasse den Sozialismus nicht verteidigt, und wo steht sie heute?* Als Beiträge der neuen Reihe sind folgende zu verstehen:

- Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg (Arbeiterpolitik 3+4/2017),
- Sozialismus als Weltsystem im »Kalten Krieg«, Aufgabe der »Entstalinisierung« (Arbeiterpolitik 5/2017),
- Die Sowjetunion in der Breschnew-Zeit (Arbeiterpolitik 1/2018).

Im chronologischen Zeitablauf schließt sich daran der Artikel »Kapitalismus in Russland« aus Arbeiterpolitik 4/2016³. Eine historische Analyse der letzten Jahrzehnte der sowjetischen Geschichte ist für das Verständnis der Wiedereinführung des Kapitalismus in Russland nur ein Weg, aber grundlegend, weil sie die Vorgeschichte des heutigen – kapitalistischen – Russlands darstellt. Für eine differenziertere Vorstellung von der Gegenwart der russischen Arbeiterklasse sind natürlich noch weitere, umfassendere Kenntnisse und Arbeiten erforderlich.

2 vgl. hierzu Ingo Schmidt, »Das Kapital« im historischen Kontext lesen, in: ders. (Hrsg.), Das Kapital @ 150 – Russische Revolution @ 100, Hamburg, 2017, S. 52

3 vgl. hierzu den Abschnitt: Warum hat die russische Arbeiterklasse den Sozialismus nicht verteidigt, und wo steht sie heute?, S. 21f.